

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

63. Jahrgang · 12/2013 · 18. März 2013



Vorkrieg 1913

Florian Illies

Schlaglichter aus dem Jahr 1913

Michael Epkenhans

Europa am Abgrund?

Großmächte zwischen Krisendiplomatie und Aufrüstung

Björn Opfer-Klinger

1913 als Kriegsjahr: Südosteuropa und die Balkankriege

Christoph Nübel

Bedingt kriegsbereit. Kriegserwartungen in Europa vor 1914

Robert W. Cherny

Die Vereinigten Staaten vor 1914

Bernd Polster

„Tangomanie“. Die erste Tanzwelle

Editorial

Wer auf das Jahr 1913 zurückblickt, tut dies mit großer Wahrscheinlichkeit im Bewusstsein dessen, was darauf folgte: das Jahr 1914 mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs, der „Urkatastrophe Europas“, die den „zweiten Dreißigjährigen Krieg“ in Europa einleitete und damit auch das „Zeitalter der Extreme“. Das Jahr 1913 wird daher häufig als letztes „Normaljahr“ verklärt, als letztes Jahr einer vermeintlich unbeschwerten Zeit und stabilen Ordnung, die anschließend unwiederbringlich verloren gingen.

Tatsächlich kann diese Sicht allenfalls für den westlichen Teil Europas gelten. Auf dem Balkan tobten bereits seit 1912 zwei verlustreiche Kriege um das Erbe des zerfallenden Osmanischen Reiches, welche die Schrecken einer gesamteuropäischen Auseinandersetzung erahnen ließen. In Westeuropa hingegen herrschte seit über vierzig Jahren Frieden, und der dadurch ermöglichte technische Fortschritt sowie die enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen den Nationen verleiteten einige zu dem Glauben, dass ein „großer Krieg“ zwischen ihnen ausgeschlossen sei.

Doch zugleich konkurrierten die europäischen Großmächte um Kolonien und Weltgeltung, instrumentalisierten die Konfliktparteien auf dem Balkan für ihre jeweiligen Interessen und rüsteten ihre Flotten und Armeen auf – freilich nur für den „Verteidigungsfall“. Militarismus und sozialdarwinistische Denkfiktionen waren weit verbreitet; es ist kein Zufall, dass Heinrich Manns Roman „Der Untertan“ gerade in ebenjener Zeit entstand. Trotzdem waren die Entwicklungen bis zum Kriegsausbruch keineswegs zwangsläufig. Die tragische Erkenntnis, dass Vorkriegsjahre stets erst als solche erkannt werden, wenn es bereits zu spät ist, bleibt somit als Mahnung: dass selbst das Undenkbare denkbar ist und jeder Frieden fragil.

Johannes Piepenbrink

Schlaglichter aus dem Jahr 1913

Gerade der Mitternachtsschuss. Schreien auf der Gasse und der Brücke. Glockenläuten und Uhrenschlagen.“ Aus Prag berichtet: Dr. Franz Kafka,

Florian Illies

Geb. 1971; Partner des Berliner Auktionshauses „Villa Grisebach“, dort zuständig für die Kunst des 19. Jahrhunderts; zuvor unter anderem Leiter des Feuilletons der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

Angestellter der Arbeiter-Unfall-Versicherung für das Königreich Böhmen. Sein Publikum sitzt im fernen Berlin, in der Etagenwohnung in der Immanuelkirchstraße 29, es ist nur eine

Person, doch es ist für ihn die ganze Welt: Felice Bauer, fünfundzwanzig, etwas blond, etwas knochig, etwas schlaksig, Stenotypistin in der Carl Lindström A.G. Im August, es goss in Strömen, da hatten sie sich kurz kennengelernt, sie hatte nasse Füße bekommen, er sehr schnell kalte. Aber seitdem schreiben sie sich nachts, wenn ihre Familien schlafen, hochtemperierte, zauberhafte, seltsame, verstörende Briefe. Und nachmittags meist noch einen hinterher. Als Felice einmal ein paar Tage nichts von sich hören ließ, da fing er, als er aus unruhigen Träumen erwacht, verzweifelt „Die Verwandlung“ an zu schreiben. Er hatte ihr von dieser Geschichte erzählt, kurz vor Weihnachten war sie fertig geworden (sie lag jetzt in seinem Sekretär, gewärmt von den beiden Fotos, die ihm Felice von sich geschickt hatte). Doch wie schnell sich ihr ferner, geliebter Franz selbst in ein schreckliches Rätsel verwandeln konnte, das erfuhr sie erst mit diesem Silvesterbrief. Ob sie ihn wohl, so fragt er aus dem Nichts, mit dem Schirm kräftig schlagen würde, wenn er einfach im Bett liegen bliebe, wenn sie sich für ein Treffen in Frankfurt am Main verabredet hätten, um nach einer Ausstellung ins Theater zu gehen, so also fragt Kafka einleitend in einem dreifachen Konjunktiv. Und dann beschwört er scheinbar harmlos ihre gemeinsame Liebe, träumt davon, dass Felices und seine Hand unlösbar zusammengebunden sind. Um dann fortzufahren: Es sei „immerhin möglich, dass

einmal auf solche Weise zusammengebunden ein Paar zum Schafott geführt wurde.“ Was für ein reizender Gedanke für einen Brautbrief. Man hat sich noch nicht einmal geküsst, da phantasiert der Mann schon vom gemeinsamen Gang zum Schafott. Kafka selbst scheint kurzzeitig erschrocken über das, was da aus ihm herausbricht: „Aber was läuft mir denn da alles durch den Kopf?“, schreibt er. Die Erklärung ist einfach: „Das macht die 13 in der neuen Jahreszahl.“ So also beginnt 1913 in der Weltliteratur: mit einer Gewaltphantasie.

*

Die Angst, dass sich 1913 als Unglücksjahr erweisen könnte, sitzt den Zeitgenossen im Nacken. Gabriele D'Annunzio schenkt einem Freund sein „Martyrium des Heiligen Sebastian“ und datiert es in der Widmung lieber vorsorglich als „1912 + 1“. Und Arnold Schönberg hält den Atem an angesichts der Unglückszahl. Nicht ohne Grund erfand er die „Zwölf-Ton-Musik“ – eine Grundlage der modernen Musik, geboren auch aus dem Schrecken ihres Schöpfers vor dem, was danach kommen würde. Die Geburt des Rationalen aus dem Geist des Aberglaubens. In Schönbergs Stücken kommt die Zahl „13“ nicht vor, nicht im Takt, kaum einmal als Seitenzahl. Als er mit Entsetzen merkte, dass seine Oper über Moses und Aaron 13 Buchstaben haben würde, strich er Aaron das zweite a, und so heißt sie seitdem „Moses und Aron“. Und nun also ein ganzes Jahr im Zeichen der Unglückszahl.

Jahresbeginn und Frühling

Vier Wochen wird Stalin in Wien bleiben. Nie wieder wird er Russland für so lange Zeit verlassen, die nächste längere Auslandsreise wird ihn dreißig Jahre später nach Teheran führen, seine Gesprächspartner heißen dann Churchill und Roosevelt (der eine war 1913 englischer Marineminister, der andere kämpfte als Senator in Washington gegen die Abholzung der amerikanischen Wälder). Stalin ver-

Der Beitrag versammelt Auszüge aus dem Buch „1913. Der Sommer des Jahrhunderts“, das 2012 im S. Fischer-Verlag, Frankfurt/M. erschienen ist. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors und der S. Fischer GmbH, Frankfurt/M., alle Rechte vorbehalten.

lässt sein geheim gehaltenes Versteck in der Schönbrunner Schloßstraße Numero 30 bei den Trojanowskis nur selten, er ist komplett damit beschäftigt, seinen Aufsatz „Der Marxismus und die nationale Frage“ zu verfassen – ein Auftrag von Lenin. Nur ganz manchmal, am frühen Nachmittag, vertritt er sich die Füße im nahen Park von Schloss Schönbrunn, der kalt und wohlgeordnet daliegt im Januarschnee. Einmal am Tag gibt es eine kurze Aufregung, wenn der Kaiser Franz Joseph das Schloss verlässt und mit seiner Kutsche in die Hofburg zum Regieren fährt.

Stalin geht durch den Park, denkt nach, es dämmt schon. Da kommt ihm ein anderer Spaziergänger entgegen, 23 Jahre alt, ein gescheiterter Maler, dem die Akademie die Aufnahme verweigerte und der nun die Zeit totschlägt im Männerwohnheim in der Meldemannstraße. Er wartet, wie Stalin, auf seine große Chance. Sein Name ist Adolf Hitler. Vielleicht haben sich die beiden, von denen ihre Bekannten aus dieser Zeit erzählten, dass sie beide gerne im Park von Schönbrunn spazieren gingen, einmal höflich begrüßt und den Hut gelüpft, als sie ihre Bahnen zogen durch den unendlichen Park.

Das Zeitalter der Extreme, das schreckliche kurze 20. Jahrhundert, beginnt an einem Januarnachmittag des Jahres 1913 in Wien. Der Rest ist Schweigen. Selbst als Hitler und Stalin 1939 ihren verhängnisvollen „Pakt“ schlossen, sind sie sich nicht begegnet. Sie waren sich also nie näher als an einem dieser bitterkalten Januarnachmittage im Park von Schloss Schönbrunn.

*

In München arbeitet Oswald Spengler, der dreiunddreißigjährige Misanthrop, Soziopath und Mathematiklehrer außer Dienst am ersten Hauptteil seines Monumentalwerkes „Der Untergang des Abendlandes“. Er selbst geht bei diesem Untergang mit gutem Beispiel voran. „Ich bin“, so schreibt er 1913 in den Notizen zu seiner Autobiographie, „der letzte meiner Art“. Alles gehe zu Ende, in ihm und an seinem Leib würden die Leiden des Abendlandes sichtbar. Negativer Größenwahn. Verwelkende Blüten. Spenglers Urgefühl: Angst. Angst davor, einen Laden zu betreten. Angst vor Verwandten, Angst, wenn andere Dialekt sprechen.

Und natürlich: „Angst vor Weibern – sobald sie sich ausziehen.“ Unerschrockenheit kennt er nur im Denken. Als 1912 die Titanic sank, erkannte er darin eine tiefe Symbolik. In seinen parallel entstandenen Notizen leidet er, lamentiert, klagt über eine schwere Kindheit und eine noch schwerere Gegenwart. Täglich neu notiert er: Es geht eine große Zeit zu Ende, merkt es denn keiner? „Kultur – noch letztes Aufatmen vor dem Erlöschen.“ Im „Untergang des Abendlandes“ formuliert er es dann so: „Jede Kultur hat ihre neuen Möglichkeiten des Ausdrucks, die erscheinen, reifen, verwelken und nie wiederkehren.“ Aber so eine Kultur gehe langsamer unter als ein Ozeandampfer, keine Sorge.

*

Wann geht es endlich los? Der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand wird wahn-sinnig vor lauter Warten. Seit unfassbaren 65 Jahren sitzt der 83-jährige Kaiser Franz Joseph auf dem Thron und will ihn einfach nicht räumen für seinen Neffen, der nun an der Reihe wäre, nachdem Sissi tot ist, Franz Josephs geliebte Frau, und Rudolf, sein geliebter Sohn. Immerhin hat sein Auto auch goldene Speichen wie die Kutsche des Kaisers. Doch den Titel, den hat seit 1848 nur er: Kaiser Franz Joseph. Oder, um korrekt zu sein: „Seine Kaiserliche und Königliche Apostolische Majestät, von Gottes Gnaden Kaiser von Österreich, König von Ungarn und Böhmen, von Dalmatien, Kroatien, Slawonien, Galizien, Lodomerien und Illyrien; König von Jerusalem etc. (...) Großwojwode der Wojwodschaft Serbien etc., etc.“

Die Schulkinder, die das auswendig lernen müssen, lachen immer am meisten über das „etc., etc.“, das klingt, als gehöre dem Kaiser eigentlich die ganze Welt, als hätte man nur einen kleinen Teil davon aufgezählt. Den Thronfolger Franz Ferdinand aber bringen die beiden Wörter genau vor dem „etc., etc.“ in Wallung: Die „Wojwodschaft Serbien“. Dort unten im Balkan tobt ein Krieg, der ihm nicht geheuer ist. Er bittet um einen Termin in Schloss Schönbrunn beim „Großwojwoden der Wojwodschaft Serbien“ – dem Kaiser, dessen weiße Koteletten so lang sind wie seine Titel.

Franz Ferdinand springt vor Schönbrunn mehr aus seinem Gräf & Stift Automobil als dass er ihm entsteigt und stürzt in seiner Ge-

neralsuniform die Treppen empor zum Arbeitszimmer Franz Josephs. Man müsse dringend etwas tun, um den Serben Einhalt zu gebieten. Zu aufmüpfig agiere das Königreich an der Südostflanke des Reiches, zünde, destabilisiere. Aber man müsse es mit Augenmaß tun. Man dürfe auf keinen Fall einen Präventivkrieg führen, wie das der Generalstabschef in seinem Memorandum vom 20. Januar fordert, weil das unweigerlich Russland auf den Plan rufen werde. Der Kaiser hörte sich seinen polternden, zeternden, bebenden Neffen ungerührt an: „Ich werde darüber nachdenken lassen.“ Dann ein kühler Abschied. Der Rest ist Schweigen. Franz Ferdinand hastet erregt in sein riesiges Automobil. Der livrierte Fahrer lässt den Motor an und muss, vom Thronfolger angefeuert, in einem Höllentempo die Schönbrunner Schloßstraße herunterbrausen. Wenn Franz Ferdinand schon sein Leben lang warten muss, dann wenigstens nicht im Straßenverkehr.

*

Am 4. März gibt es ein großes Diner in der deutschen Botschaft in London. Dort ist natürlich auch Harry Graf Kessler, jener deutsche Snob im weißen, dreiteiligen Anzug, dessen Adressbuch zehntausend Einträge hat, Freund von Henry van de Velde, Edvard Munch und Maillol, der die Cranach-Presse in Weimar begründet hat und wegen zu freizügiger Aquarelle Rodins dort seinen Posten als Museumsdirektor räumen musste. Jener Graf Kessler, der zwischen Berlin, Paris, Weimar, Brüssel, London und München pendelt, als einer der großen Katalysatoren der modernen Kunst und des Jugendstils. Durch ihn lernen wir die englische Königin ein wenig besser kennen. Gerade hatte er bei diesem Empfang dem deutschen Botschafter Karl Max Fürst von Lichnowsky (dessen kunstsinnige, Picassos sammelnde Frau ihn mochte) Bernard Shaw vorgestellt. Nun revanchiert sich diese beim Diner: Kessler wird der englischen Königin vorgestellt. „Diese sah in Silberbrokat mit einer Krone aus Diamanten und großen Türkisen verhältnismäßig gut aus.“ Ansonsten war es sehr anstrengend: „Ich konnte sie nicht stehen lassen, und sie fand keinen Ausweg aus der Unterhaltung. Jede halbe Minute schläft die Konversation mit ihr ein, und man muss die arme Dame, wie eine abgelaufene Uhr, wieder aufziehen, was aber auch wieder immer nur auf dreißig Sekunden weiterhilft.“

Kriegsgefahr übrigens, so vertraut er seinem Tagebuch an, bestehe nicht, wie er gehört hat: „Die europäische Lage habe sich seit anderthalb Jahren vollkommen gedreht. Die Russen und Franzosen seien gezwungen, friedlich zu sein, da sie auf die Unterstützung Englands nicht mehr rechnen können.“ Na dann.

*

„Das Alte stürzt, es stürzt, es ändern sich die Zeiten“. Dieses Schiller-Zitat aus dem Wilhelm Tell prangt in großen Lettern im „Drogisten-Taschen-Kalender für das Jahr 1913“. Steht eine Revolution bevor? Ahnen etwa die deutschen Drogisten etwas von einer kommenden Katastrophe?

Nein. Es gibt nur neue, hübsche Etiketten für Salben und Hustensäfte. Oder, wie es in der Anzeige weiter heißt: „Die in unserem Verlag erschienenen neuen Etiketten u. s. w. wurden durchweg von berufenen Künstlern entworfen und gelten in geschmacklicher Hinsicht als vorbildlich und unerreicht. Sie übertreffen alles bisher Gebotene.“

*

In der Aprilausgabe der Berliner Zeitschrift „Die Aktion“ wird zum Vatermord aufgerufen, ohne dass der Verfasser Otto Gross wissen konnte, dass zeitgleich in Wien Sigmund Freud an seiner Theorie dazu saß. Gross schreibt einen Aufsatz mit Ratschlägen „Zur Überwindung der kulturellen Krise“. Und der wichtigste ist: „Der Revolutionär von heute, der mit Hilfe der Psychologie des Unbewussten die Beziehungen der Geschlechter in einer freien und glückverheißenden Zukunft sieht, kämpft gegen die Vergewaltigung in ursprünglicher Form, gegen den Vater und gegen das Vaterrecht.“ (Am Ende des Jahres wird Gross, kein Witz, von seinem Vater in die Psychiatrie eingewiesen.) Es ist derselbe Zeitpunkt, zu dem Asta Nielsen im Kino mit dem Film „Die Sünden der Väter“ zu sehen ist. Und Franz Kafka an seinen neuen Verleger Kurt Wolff in Leipzig schreibt, dass er sich als Titel für seinen ersten Erzählungsband „Söhne“ ausgedacht habe. Gottfried Benns zweiter Gedichtband, der in diesem Jahr nicht bei Kurt Wolff erscheint, weil dieser Benns Gedichte nicht mag, sondern in Wilmersdorf bei dem Kleinverleger Meyer, heißt tatsächlich „Söhne“. Kein Wunder also, dass am 3. April auf der Hamburger

Werft Blohm & Voss das mit 54282 Bruttoregistertonnen und 276 Metern Länge größte Passagierschiff der Welt beim Stapellauf auf den Namen „Vaterland“ getauft wird.

*

Im Mai rüstet sich Berlin für das größte gesellschaftliche Ereignis des jungen Jahrhunderts: die Hochzeit von Prinzessin Viktoria Luise von Preußen mit Herzog Ernst August von Hannover am 24. Mai. Das Brautpaar fährt durch die Straße Unter den Linden, wo Tausende von Menschen jubeln. Und dann kommt es, wie das „Berliner Tageblatt“ vermeldet, zu einem besonderen Moment: Demokratie und Monarchie in ungleichzeitiger Gleichzeitigkeit. Beziehungsweise: „Es ist wahrhaft ein herzerreifender Anblick zu sehen, wie einmal der demokratische Autobus vor dem vorbeifahrenden aristokratischen Galawagen warten muss, dann aber wieder der Galawagen einhalten muss, um den Autobus passieren zu lassen.“ Zur Hochzeitsfeier reisen sowohl der russische Zar Nikolaus II. als auch der britische König Georg V. nach Berlin und Potsdam – und daneben ungezählte gekrönte und ungekrönte Häupter aus ganz Europa. Die Hochzeit war vor allem ein diplomatisches Ereignis. So kommentierte das „Berliner Tageblatt“ die Zusammenkunft des Königs des Vereinigten Königreichs und des Zaren: „Selbstverständlich war der Besuch nicht politisch. Aber nach den bewegten politischen Vorgängen des letzten Winters musste es als willkommenes Exemplum einer Entspannung der internationalen Situation angesehen werden, dass gleichzeitig die Herrscher Russlands und Großbritanniens, die maßgebenden Monarchen der Tripleentente, beim deutschen Kaiser zu Gast waren. Es liegt in der Natur der Dinge, dass derartige persönliche Berührungen auch auf die politische Haltung der Kabinette abfärben, wenn auch nur in dem Sinne, dass auf allen Seiten der Friedenswille noch etwas schärfer akzentuiert wird.“

Sommer

Es würde nie wieder zu einem Krieg kommen können, da war sich Norman Angell sicher. Sein Buch „The Great Illusion“ („Die falsche Rechnung“) von 1911 wurde zu einem Weltbestseller. 1913 schreibt er einen vielbeachteten „Offenen Brief an die deutsche Studenten-

enschaft“, wodurch seine Thesen eine noch größere Verbreitung erfahren. Parallel erscheint die vierte Auflage seines Buches. Und so dürfen die Intellektuellen in Berlin, in München und Wien in diesem Frühsommer, als vom Balkan immer irritierendere Zwischengeräusche nach Norden dringen, beruhigt in dem Buch des britischen Publizisten lesen. Angell legte dar, dass das Zeitalter der Globalisierung Weltkriege unmöglich mache, da alle Länder längst wirtschaftlich zu eng miteinander verknüpft seien. Und Angell sagt, dass neben den wirtschaftlichen Netzwerken auch die internationalen Verbindungen in der Kommunikation und vor allem auch in der Finanzwelt einen Krieg sinnlos machen. Angell argumentierte so: Selbst wenn das deutsche Militär sich vielleicht in England messen wolle, gebe es „keine bedeutsame Einrichtung in Deutschland, die nicht schweren Schaden leiden“ werde. Deshalb werde der Krieg verhindert, weil dann „der Einfluss der gesamten deutschen Finanzwelt gegenüber der deutschen Regierung zum Tragen kommen würde, um eine für den deutschen Handel ruinöse Situation zu beenden“. Angells These überzeugte die Intellektuellen in der ganzen Welt. David Starr Jordan, der Präsident der Stanford University, spricht nach der Lektüre von Angell 1913 die großen Worte: „Der große Krieg in Europa, der ewig droht, wird nie kommen. Die Bankiers werden nicht das Geld für solch einen Krieg aufreiben, die Industrie wird ihn nicht in Gang halten, die Staatsmänner können es nicht. Es wird keinen großen Krieg geben.“

*

Zum 25-jährigen Thronjubiläum schreibt der 15-jährige Bertolt Brecht in sein Tagebuch die folgenden Verse: „Und wenn am Abend wir sinken/u. sterben den Heldentod,/dann soll uns tröstend winken/die Fahne schwarz-weiß-rot.“ Und noch eine Strophe: „Der Wind soll in ihr singen:/Du hast deine Pflicht getan!/Du starbst im Kampf u. Ringen/als treuer, deutscher Mann.“ Interessant.

*

Am 3. Juli eskaliert der Streit zwischen Serbien und Bulgarien über Gebiete in Mazedonien. Serbien erklärt den Krieg – und die Türken, Griechen und Rumänen stellen sich ebenfalls gegen Bulgarien. Der zweite Bal-

kankrieg ist da. Ständig erreichen neue Depeschen den Kaiser in Bad Ischl. Doch er will nicht gestört werden von diesen Heißblütern im Balkan. Er geht hinüber zu Frau Schratt und trinkt einen Tee.

*

In Den Haag wird im September der Friedenspalast eingeweiht, gebaut mit Spenden aus aller Welt, davon etwa 1,25 Millionen Dollar des amerikanischen Multimillionärs Andrew Carnegie. Man beginnt mit den Vorbereitungen für eine neue Haager Friedenskonferenz, die 1915 alle offenen Fragen zwischen den Völkern klären soll.

*

Hugo von Hoffmannsthal liegt in seinem Hotelbett im Vier Jahreszeiten in München und träumt, sein Haus sei zu einem Gefängnis der Französischen Revolution geworden – „und ich bin mir bewusst, dass dies der letzte Tag meines Leben ist: ich bin zum Tode verurteilt“. Rundherum Schreiber, die mit der Erledigung von Todesurteilen beschäftigt sind. Da erscheint seine Frau: „doch es ist ein Wesen, dessen Gesicht ich nie gesehen habe, doch im Traum mir so vertraut, wie nur die Frau, mit der man zehn Jahre gelebt hat. Blitzschnell sagen wir uns beide, dass wir uns jetzt nicht umarmen dürfen.“ Seine Frau lässt ihn bei den Schreibern, die das Todesurteil vollstrecken. „Ich fühle, dass ich ihr nicht nachsehen kann, drehe mich gegen das Fenster, durch das die grelle Sonne hereinscheint.“ Hoffmannsthal wacht auf. Benommen zieht er sich an und versucht, sich durch einen Gang im Englischen Garten von dem Traum zu erholen. Doch die Bilder gehen ihm nicht aus dem Kopf, sein Körper fühlt sich noch immer an, als sei er zum Tode verurteilt. Es ist noch sehr früh, es sind kaum Spaziergänger im Park. Warm scheint die Herbstsonne über die Bäume. Er geht über die kleine Brücke des Eisbachs, da kommt ihm – das ist nun kein Traum mehr – ein Mann entgegen, der aussieht wie der große Traumdeuter Sigmund Freud. Und es ist Sigmund Freud. Der begrüßt den Wiener Bekannten herzlich, fragt nach dem Befinden und ob er denn gut geschlafen habe, er sehe etwas mitgenommen aus. „Alles bestens, verehrter Herr Doktor“, sagt Hoffmannsthal. Und als dann auch noch Rainer Maria Rilke um die Ecke kommt, der sich mit Freud hier

zum Spazieren verabredet hat, ist Hoffmannsthal endgültig, als träume er noch. Aber es ist, wie alles in diesem besonderen Jahr, wahr.

Herbst und Winter

Nach 15-jähriger Bauzeit wird am 18. Oktober zum hundertjährigen Jubiläum der Schlacht gegen Napoleon in Leipzig das bombastische „Völkerschlachtdenkmal“ eingeweiht. Kaiser Wilhelm II. würdigt die Kampfkraft des deutschen Volkes. Das einundneunzig Meter hohe, sechs Millionen Reichsmark teure Monument, das daran erinnert, wie die Preußen gemeinsam mit Russland und Österreich die Franzosen schlugen, ist komplett mit Spenden und aus Lotteriemitteln finanziert worden. Der dunkle Stein ist ein Granitporphyr, der in Beucha bei Leipzig gebrochen worden ist. Für den Bau wurden 26 500 Granitwerkstücke und 120 000 Kubikmeter Beton verwendet. An der Einweihung des Denkmals von Clemens Thieme nehmen neben dem deutschen Kaiser und dem sächsischen König auch alle Fürsten der deutschen Staaten und Vertreter Österreichs, Russlands und Schwedens teil. Die Einweihung wird zu einer nationalen, martialischen Jubelfeier mit einer großen Parade. Würdenträger der drei Siegerländer legen Kränze am Fuß des Monuments ab. Anschließend gibt es im Gewandhaus ein feierliches Diner für 450 Gäste. Es wurde kein Toast auf den Frieden ausgebracht, sondern nur auf die unerschütterliche Waffenbrüderschaft zwischen Preußen und Österreich-Ungarn.

*

Die lebenslustige Gräfin von Schwerin-Löwitz, Gattin des Landtagspräsidenten, lädt Mitte November zum Tango-Tee in den Preussischen Landtag. Auf dem Parkett: Tänzerinnen engumschlungen mit Amtsträgern und hohen Militärs. Daraufhin greift Kaiser Wilhelm II. durch, der den Tango für vulgär hält. Am 20. November ergeht ein kaiserlicher Erlass, wonach es Offizieren in Uniform künftig verboten ist, den Tango zu tanzen.

*

Im kleinen Garnisonsstädtchen Zabern in Elsaß-Lothringen, das seit 1871 zum Deutschen Kaiserreich gehört, geschieht am 28. Okto-

ber etwas Ungeheuerliches. Am Abend finden sich vor der Kaserne der deutschen Armee ein paar Dutzend Demonstranten ein, die dagegen protestieren, dass der Regimentskommandeur Günter Freiherr von Forstner seinen Rekruten erklärt hat, die Franzosen seien alle „Wackes“ und: „Auf die die französische Fahne könnt ihr schießen“. Diese Worte waren an die Lokalzeitung gelangt und hatten für Entsetzen bei der Bevölkerung gesorgt. Als die Demonstranten Plakate hochhalten und um mehr Respekt werben, lässt der Kommandeur des Regiments drei Züge Infanterie mit scharfer Munition und aufgesetztem Bajonett anrücken. Unter den Demonstranten bricht Panik aus, doch die deutschen Soldaten prügeln auf sie ein und nehmen über dreißig Personen fest, darunter etliche unbeteiligte Passanten. Sie werden im Kohlenkeller ohne Licht und Toiletten eingesperrt. Darauf spricht der Regimentskommandeur Günter Freiherr von Forstner die folgenden Worte: „Ich betrachte es als ein Glück, wenn jetzt Blut fließt ... Ich habe jetzt das Kommando, ich bin es der Armee schuldig, Respekt zu verschaffen.“

Fünf Tage später wird er mit einem Trupp Soldaten erkannt und einige Arbeiter einer Schuhfabrik rufen ihm „Wackes-Leutnant“ zu, daraufhin verliert er die Beherrschung und haut einem gehbehinderten Gesellen, der nicht schnell genug fliehen konnte, den Säbel über den Kopf, so dass dieser blutüberströmt zusammensinkt.

Schon einen Tag später debattiert der Reichstag in Berlin über die Vorgänge in Zabern. Die „Zabern-Affäre“ bedrohte den Frieden zwischen Frankreich und dem Deutschen Kaiserreich wie kein Ereignis zuvor. Der deutsche Kriegsminister Erich von Falkenhayn lässt sich von dem offenen Rechtsbruch der deutschen Militärs nicht beirren. Er behauptet, „lärmende Tumultanten“ und „hetzerische Presseorgane“ seien für die Zuspitzung der Situation in Zabern verantwortlich. Daraufhin kommt es zu Tumulten im Landtag, die Opposition verwarft sich gegen die Rechtfertigung eines Agierens des Militärs außerhalb des Rahmens von Gesetz und Ordnung. Der Zentrumsabgeordnete Konstantin Fehrenbach: „Auch das Militär untersteht dem Gesetz und dem Recht, und wenn wir zu den Zuständen kommen, das Militär exlex zu stellen und die Zivilbevölkerung der Willkür des Militärs preiszugeben,

dann, meine Herren: Finis Germaniae! ... Es ist ein Desaster für das Deutsche Reich.“ Das wahre Desaster aber kommt erst noch: Denn dem deutschen Staatsoberhaupt Wilhelm II. sagt das schneidige Auftreten des deutschen Militärs eigentlich zu, und er kann nichts wirklich Dramatisches an der sogenannten „Zabern-Affäre“ finden. Zu einem Aufschrei steigert sich die Reaktion der europäischen Presse aber, als das Urteil gegen den Kommandeur Forstner, das zunächst wegen vorsätzlicher Körperverletzung auf 43 Tage Gefängnis lautete, im Berufungsverfahren vom Oberkriegsgericht in einen Freispruch umgewandelt wird. Forstner, so die Richter, habe sich in „Putativnotwehr“ befunden und sei folglich unschuldig.

*

Am Ende des Jahres 1913 erscheint ein überraschendes Buch. Es heißt „Das Jahr 1913“ – darin der Versuch, eine Bilanz der Gegenwart zu ziehen, die „überreich an Kulturwerten“ ist, aber zugleich eine „steigende Abstumpfung und Oberflächlichkeit der Massen sieht“. Höhepunkt ist der letzte Beitrag von Ernst Troeltsch über die religiösen Erscheinungen der Gegenwart: „Es ist die alte Geschichte, die wir alle kennen, die man eine Zeitlang den Fortschritt genannt hat und dann die Dekadenz, und in der man heute gern die Vorbereitung eines neuen Idealismus sieht. Sozialreformer, Philosophen, Theologen, Geschäftsmänner, Nervenärzte, Historiker signalisieren ihn. Noch aber ist er nicht da.“ Die alte Geschichte, die man einmal den Fortschritt nannte – so weise also sprach man im Dezember 1913. Aber wer verstand diese Sprache im Stimmengewirr dieses Jahres?

*

Es ist der 31. Dezember 1913. Arthur Schnitzler notiert in sein Tagebuch ein paar Worte: „Vormittags die Wahnsinnsnovelle zu Ende dictiert.“ Nachmittags liest er: Ricarda Huchs Buch „Der große Krieg in Deutschland“. Ansonsten: „Sehr nervös tagsüber.“ Dann Abendgesellschaft: „Es wurde Roulette gespielt“. Um Mitternacht stoßen sie an auf das Jahr 1914.

Michael Epkenhans

Europa am Abgrund? Großmächte zwischen Krisendiplomatie und Aufrüstung

Der 24. Mai 1913 war ein sonniger Tag in Berlin, Tausende waren schon früh auf den Beinen, um am Straßenrand die besten

Michael Epkenhans

Dr. phil., geb. 1955; Professor für Neuere Geschichte, Leiter der Abteilung Forschung am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Zeppelinstraße 127/128, 14471 Potsdam. michael@epkenhans@bundeswehr.org

Plätze bei einem großen Spektakel zu ergattern: der Hochzeit der einzigen Tochter Kaiser Wilhelms II., Viktoria Luise, mit Herzog Ernst August von Braunschweig-Lüneburg. Zahllose gekrönte und ungekrönte Angehörige des europäischen Hochadels versammelten sich an diesem Tage in Berlin, um mitzufeiern, darunter der englische König Georg V., ein Cousin des Kaisers, sowie Zar Nikolaus II., ein angeheirateter Cousin. Nun ist es zwar normal, dass Verwandte und Freunde sich treffen, wenn es etwas Außergewöhnliches zu feiern gilt. Gleichwohl hatte dieses Treffen eine besondere Note: Seit Jahren hatten sich die Spannungen zwischen den Ländern, die sie regierten, und dem Deutschen Reich, dessen Kaiser sie nun zur Hochzeit der einzigen Tochter gratulieren wollten, verschärft. Immer neue Krisen in verschiedenen Teilen der Welt hatten ein gefährliches Wettrüsten in Gang gesetzt; Militärs auf allen Seiten hatten begonnen, ihre Aufmarschpläne mit dem Ziel eines möglichst schnellen Sieges zu überarbeiten, und Pressekampagnen hatten zunehmend die Stimmung vergiftet. Nun aber, aus einem vergleichsweise „banalen“ Anlass, trafen sich die Rivalen ungeachtet aller Krisen, Konflikte und Interessengegensätze, so als ob sie von jeher die besten Freunde gewesen seien und es auch weiterhin blei-

ben wollten. Angesichts der schwierigen außenpolitischen Lage des Reiches war es daher auch nicht erstaunlich, dass die Reichsleitung hoffte, dieses private „Event“ ausnutzen, ein politisches Zeichen setzen zu können. „Gilt ihre Anwesenheit auch nur einem Familienfeste, so bildet doch die damit bekundete Herzlichkeit der persönlichen Beziehungen unter den drei Monarchen ein wertvolles Imponderabile für die Sicherheit des wechselseitig ungestörten Fortschritt der großen Kulturnationen Europas,“ hieß es hoffnungsvoll in der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.¹

Die Hoffnung, durch den „Fortschritt der großen Kulturnationen“ die Lage entspannen und damit den von vielen als unvermeidlich angesehenen, von manchen inzwischen sogar heiß ersehnten Krieg verhindern zu können, war sicherlich ehrlich gemeint. Wilhelm II., bei dem, wie der Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg nicht ohne Spott meinte, „der Himmel voller Geigen“ hänge, glaubte sogar, bei dieser Zusammenkunft „mit seinem Vetter das Balkanproblem gelöst“ zu haben.² Dennoch, so optimistisch manche in die Zukunft blickten, so unverkennbar war zugleich der Pessimismus anderer. So hatte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gottlieb von Jagow nur wenige Tage vor diesem Schauspiel, das, nebenbei bemerkt, Anlass für die ersten deutschen Filmaufnahmen in Farbe war,³ dem württembergischen Gesandten ein eher düsteres Bild von der Zukunft gemalt. Unter Hinweis auf die Auseinandersetzungen über das kleine Skutari (Shkodra) im fernen Albanien, um dessen Besitz gleich mehrere Balkanstaaten stritten, hatte er diesem erklärt: Er glaube zwar nicht, „daß es jetzt, wegen Skutari zum europäischen Kriege kommen werde. Wenn aber doch – dann schließlich in Gottes Namen – die Spannung sei so groß, daß es früher oder später doch zu einer Explosion kommen müsse.“⁴ In wel-

¹ Vgl. Heinrich Schulthess, *Europäischer Geschichtskalender*, 54 (1913), S. 229.

² Bethmann Hollweg an den deutschen Botschafter in St. Petersburg, Pourtalès, 30.7.1913, zit. in: ebd., S. 242.

³ Zu sehen unter www.weltkrieg.cc/kaiser-wilhelm-ii/kaiser-wilhelm-ii-1913-in-farbe-hochzeit-der-prinzessin-viktoria-luise-mit-prinz-ernst-august-iii-video_48359b1b8.html (1.2.2013).

⁴ Varnbüler an Weizsäcker, 4.5.1913, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 73/12e.

che Richtung, so gilt es zu fragen, sollten sich die Beziehungen zwischen den Mächten entwickeln? Welche Faktoren sollten dabei eine kleinere oder auch größere Rolle spielen?

Krisen und Kriege

Bei jeder Betrachtung des Jahres 1913 stehen zunächst die Krisen und Kriege im Vordergrund, in die fast alle europäischen Mächte direkt oder indirekt verwickelt waren. Anlass dafür war der im Oktober 1912 ausgebrochene Krieg auf dem Balkan. Zwar hatten alle Kabinette damit gerechnet, dass die Balkanstaaten die Schwäche des Osmanischen Reiches ausnutzen würden, um die von ihnen beanspruchten Gebiete zu „befreien“; das Ergebnis war für manche dann aber doch eine Überraschung. Innerhalb weniger Wochen verdrängten die Armeen Serbiens, Bulgariens, Griechenlands und Montenegros das Osmanische Reich aus fast allen seinen europäischen Besitzungen.

Diese Region, die den Staatsmännern Europas bereits in den 1870er und 1880er Jahren erhebliches Kopfzerbrechen bereitet und das Risiko eines „großen Krieges“ heraufbeschworen hatte, drohte erneut zum „Pulverfass“ zu werden; ein kleiner Funke würde genügen, den Kontinent in die Luft zu jagen. Die Gründe lagen auf der Hand: Jede Veränderung in diesem sensiblen Teil Europas verschob die politischen, vor allem aber die militärischen Gewichte aus regionaler wie auch aus internationaler Perspektive. Ein erheblicher Machtzuwachs Serbiens drohte den ohnehin kriselnden Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn mit seinen sieben Millionen Südslawen weiter zu schwächen. Die serbischen Nationalisten im „Piemont“ des Balkan – so eine serbische Zeitung in Anlehnung an die Rolle des kleinen Königreichs bei der Einigung Italiens im Kampf gegen Österreich ein halbes Jahrhundert zuvor – machten gar keinen Hehl daraus, dass sie nach der Vertreibung der Osmanen aus serbischen Gebieten ihre Stoßrichtung nun nach Norden gegen Österreich-Ungarn richten würden. Ein militärisch starkes Serbien verbesserte darüber hinaus schlagartig die Position Russlands, der Schutzmacht aller Slawen. In einem großen Krieg auf dem Kontinent würde die Donaumonarchie nunmehr nicht nur an einer, sondern an zwei Fronten kämpfen

müssen. Dieses Szenario hätte wiederum fatale Folgen für das Deutsche Reich, den einzigen verlässlichen Verbündeten, gehabt. Da Russland Serbien bei einem österreichischen Angriff unweigerlich unterstützen würde, hätte dies den *casus foederis* für Deutschland bedeutet. Eine deutsches Eingreifen gegen Russland wiederum hätte Frankreich auf den Plan gerufen, das seit 1892/1894 ein immer wichtigerer Bündnispartner des Zarenreiches war. Selbst wenn man die ungewisse Haltung Großbritanniens bei einem solchen Konflikt außer Acht lässt, kann man sich leicht die Schrecken ausmalen, die dieser Krieg auf dem Kontinent zur Folge haben würde.

Genau dieses Szenario war es, das manchen Politiker und Militär in Wien veranlasste, über einen Präventivkrieg nachzudenken, bevor es tatsächlich zu spät sei: „Unsere wirklichen Lebensinteressen für die Zukunft sind ohne Machteinsatz und ohne Kampf nicht zu bewahren“, hieß es in einer Denkschrift des k.u.k. Generalstabs.⁵ Das Risiko eines Krieges mit Russland hielten sie dabei für kalkulierbar. Dies galt erst recht, wenn das Deutsche Reich der Regierung in Wien seine Unterstützung ohne Wenn und Aber zusichern würde. „Dies“, so argumentierten der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand und seine Begleiter bei einem eilends anberaumten Treffen mit Kaiser Wilhelm II. und führenden Militärs Ende November 1912 unter Hinweis auf die Folgen einer engen Verbindung Serbiens mit Russlands, „wäre eine europäische Frage, welche in erster Linie Deutschland in die größte Gefahr bringen (...) müsste“.⁶

So sehr die deutsche Seite bereit war, ihren Bündnispartner bei einem Konflikt mit Russland zu unterstützen, so wenig wollte sie Österreich zu diesem Zeitpunkt wegen der unabsehbaren Konsequenzen jedoch zu einem lokalen Krieg gegen Serbien raten. Aus dem Krieg zwischen den Balkanstaaten und der Türkei wurde daher am Ende kein europäischer Krieg, da Österreich – schweren Herzens – auf einen Waffengang gegen Serbien verzichtete. Gleichwohl, die Spannungen

⁵ Aufzeichnung vom 28.10.1912, zit. nach: Konrad Canis, *Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902–1914*, Paderborn u. a. 2011, S. 490.

⁶ Aufzeichnung von Legationsrat Alexander von Hoyos, 21.11.1912, zit. nach: ebd., S. 497.

blieben. Kaum hatten die Balkanstaaten am 30. Mai 1913 nach zähen Verhandlungen ihren Frieden mit dem Osmanischen Reich gemacht, fielen sie im Streit um die Beute übereinander her. Dieses Mal beteiligte sich auch Rumänien am Krieg. Am 10. August 1913 wurde der Balkan im Frieden von Bukarest erneut aufgeteilt, nun zu Lasten Bulgariens.

Nach diesen Kriegen, deren Kennzeichen bis dahin ungekannte Grausamkeiten gegen Soldaten und Zivilisten sowie ethnische Säuberungen großen Ausmaßes waren, kam es immer wieder zu Spannungen zwischen einzelnen Mächten, vor allem aber zwischen Österreich auf der einen und Serbien und dem Zarenreich auf der anderen Seite. Auch zwischen Deutschland und Russland kriselte es im Herbst des Jahres. Und als wenn es nicht schon genug Konflikte gab, verschärften sich am Ende des Jahres die Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei im Streit um Inseln in der Ägäis.

Aufrüstung und Kriegspläne

Angesichts der Krisen und Kriege war es im Grunde natürlich, dass die verantwortlichen Militärs ihren Regierungen empfahlen, wie eh und je in der Geschichte auch den Krieg als Mittel der Politik ins Kalkül zu ziehen beziehungsweise sich auf diesen bestmöglich vorzubereiten, und das hieß aufzurüsten. Dass die Donaumonarchie in ihrem Konflikt mit Serbien die *Ultima Ratio* in Erwägung zog, haben wir schon gesehen.⁷ Doch auch im Deutschen Reich wuchs die Neigung, durch einen Präventivkrieg die Lage ein für alle Mal zu „bereinigen“. Ein Ausdruck der herrschenden Nervosität war der berühmterbüchtigte „Kriegsrat“ Kaiser Wilhelms II. vom 8. Dezember 1912. Manche Historiker haben in dieser Versammlung des Kaisers und führender Militärs, zu der bezeichnenderweise weder der Kanzler noch der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes eingeladen worden waren, lange Zeit den eigentlichen Ursprung des Ersten Weltkrieges gesehen.⁸

⁷ Ausführlich dazu: Günther Kronenbitter, *Krieg im Frieden. Die Führung der k. u. k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906–1914*, München 2003, S. 369–428.

⁸ Vgl. John C. G. Röhl, *Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund 1900–1914*, München 2008, S. 963–966.

Aber ob dort wirklich entsprechend der Devise des Chefs des Generalstabs General Helmuth von Moltke „je eher, desto besser“ der Krieg für den Sommer 1914 beschlossen wurde, erscheint bei Licht besehen mehr als fraglich, das dahinter stehende Geschichtsbild als zu deterministisch. Unterm Strich betrachtet war die einzige, in ihren Auswirkungen freilich kaum zu überschätzende Folge dieses „Kriegsrats“ der Entschluss, die seit einiger Zeit erwogene neue Heeresvorlage endgültig auf den Weg zu bringen.⁹

Besonders bemerkenswert ist das Agieren des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg. Obgleich er der Forderung des Generalstabschefs nach einem „je eher, desto besser“ ablehnend gegenüberstand, hielt er es für notwendig, für den Eventualfall gerüstet zu sein. In dieser Beziehung verließ er sich ganz auf die Beurteilung der Lage durch die militärische Führung: „Am schwersten hat mich der Einblick belastet, den mich die Militärs in unsere Stärkeverhältnisse für den Fall eines Krieges haben tun lassen“, schrieb er später einem engen Vertrauten.¹⁰ Dass er mit seiner Unterstützung der Rüstungsforderungen der Militärs zugleich die Spirale der Landrüstungen in Europa beschleunigte und damit riskierte, dass die Gefahren, denen er vorzubeugen versuchte, zur *self-fulfilling prophecy* wurden, hat er entweder nicht ausreichend überdacht oder aber als kleinere, vielleicht kalkulierbare Risiko billigend in Kauf genommen. Es kam daher, wie es kommen musste: Nachdem das Reich zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres seine Armee verstärkt hatte, begann nun auch Frankreich aufzurüsten.¹¹

Entscheidender als die numerische Verstärkung der Truppen war der Wandel in den Doktrinen und den Plänen, mit denen diese in

⁹ Vgl. Stig Förster, *Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Statusquo-Sicherung und Aggression 1890–1913*, Stuttgart 1985, S. 208–296.

¹⁰ Bethmann Hollweg an Eisendecker, o. D., zit. nach: K. Canis (Anm. 5), S. 517.

¹¹ Die Friedenspräsenzstärke Frankreichs lag schließlich bei 767 000 Soldaten, die des Deutschen Reiches bei 754 000 Soldaten. Die Beschleunigung des Wettrüstens wird deutlich, wenn man diese Zahlen mit denen des Jahres 1911 vergleicht: 607 650 bzw. 635 380. Zahlen nach: Reichsarchiv (Hrsg.), *Der Weltkrieg. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft*, Berlin 1930, Anlagenband 1, S. 510.

den Krieg ziehen sollten. Bis 1912 hatte allein das Deutsche Reich einen vom legendären Generalstabschef Alfred Graf von Schlieffen entworfenen, von seinem Nachfolger Moltke weiterentwickelten offensiven Kriegsplan gehabt: Ein schneller Sieg im Westen sollte den Krieg im Osten unnötig machen beziehungsweise zumindest erleichtern.¹² Aber auch Russland und Frankreich setzten seit 1912 auf die Offensive. Mit massiver finanzieller Unterstützung aus Paris sollten die russischen Westbahnen ausgebaut werden, um die russische Mobilmachung zu beschleunigen und Frankreich damit von Beginn eines Konfliktes an und nicht erst nach vier Wochen von dem Druck der deutschen Truppen zu entlasten.¹³ Allein England beschränkte sich auf den weiteren Ausbau seiner Flotte, bereitete sich jedoch insofern auf den Krieg vor, als es diese erneut umgruppierte: Die Verteidigung seiner Interessen im Mittelmeer überließ es nun teilweise Frankreich – trotz eines fehlenden formellen Bündnisses –, sagte diesem dafür im November 1912 aber zu, dessen Kanalküste zu schützen.¹⁴

In der Konsequenz erhöhte dieser Wandel wiederum den Druck auf die verantwortlichen Militärs und Politiker, sich in einer als existenzgefährdend empfundenen Krise für den Präventivkrieg und nicht für Verhandlungen zu entscheiden. Jeder Verlust an Zeit für Mobilisierung, Aufmarsch und Angriff, so die einfache Rechnung, drohte die Niederlage, nicht den Sieg wahrscheinlicher zu machen. Als besonders fatal sollte es sich erweisen, dass der deutsche Generalstab die Politik zunehmend drängte, im Hinblick auf eine in fernerer Zukunft *möglicherweise* ungünstigere Konstellation (das heißt die erwartete Fertigstellung der russischen Westbahnen und die Vollendung der russischen beziehungsweise französischen Armeeverstärkungen), so schnell wie möglich den Krieg zu suchen, ohne wirklich zu wissen, ob der *worst case* tatsächlich eintreffen würde.

¹² Vgl. Gerhard P. Groß, *There was a Schlieffen Plan. Neue Quellen*, in: Hans Ehlert/Michael Epkenhans/ders. (Hrsg.), *Der Schlieffenplan. Analysen und Dokumente*, Paderborn 2007², S. 117–160.

¹³ Ausführlich dazu: Stefan Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ersten Weltkrieges*, München 2009, S. 105–211.

¹⁴ Vgl. David Stevenson, *Armaments and the Coming of War. Europe 1904–1914*, Oxford 1996, S. 215.

Krisen und Kriege, Aufrüstung und das Schmieden von Präventivkriegsplänen sind jedoch nur ein Aspekt des letzten Jahres vor Ausbruch des dann wirklich großen Krieges. Auffallend ist vielmehr, dass am Ende des Jahres 1912 und während des ganzen Jahres 1913 die führenden Mächte der sich seit Längerem argwöhnisch einander beäugenden Blöcke in Europa – der Triple Entente (Frankreich, Großbritannien, Russland) und dem Dreibund (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Italien) – deutlich machten, dass sie kein Interesse hatten, aus einem lokalen einen kontinentalen, geschweige denn einen Weltkrieg entstehen zu lassen.

Um den großen Konflikt zu verhindern, hatten daher auf dem Höhepunkt der Balkankrise 1913 sowohl das Kabinett in London als auch die Reichsleitung in Berlin mäßigend auf ihre jeweiligen Partner eingewirkt. Damit verhinderten sie den großen Krieg und brachten den kleinen, so mühselig die Verhandlungen auf der Londoner Botschafterkonferenz letztlich waren, zu einem, wenn auch nur vorläufigen Ende, wie sich bald herausstellen sollte. An dieser Strategie, ganz nach alter diplomatischer Tradition, das Konzert der Mächte wiederzubeleben, um Konflikte am Konferenztisch und nicht auf dem Schlachtfeld zu lösen, hielten sie auch fest, als neue Krisen zwischen den Balkanmächten, aber auch zwischen Österreich und Russland im Frühjahr, Sommer und Herbst des Jahres noch einmal das Gespenst eines großen Krieges heraufbeschworen.

Anders als in den Jahrhunderten zuvor hatten die Verantwortlichen, ob es sich nun um Politiker oder Militärs, ja selbst um Monarchen handelte, bei ihren Entscheidungen die Stimmung der öffentlichen Meinung, vor allem aber die der jeweiligen Parlamente in Rechnung zu stellen. Je größer die Erfolge der Verantwortlichen waren, umso größer waren ihre Spielräume in der Politik – nach innen, aber auch nach außen. Erfolg bedeutete insofern Wiederwahl, Geld für jedwede Projekte, Prestige und – nicht zuletzt – Stabilität des Systems. Zugleich erlaubten Erfolge kraftvolles Auftreten nach außen in dem Bewusstsein, eine starke Mehrheit hinter sich zu haben oder, umgekehrt, sie konnten einer kritischen Öffentlichkeit den Beweis liefern,

dass das bestehende System in der Lage war, Macht und Prestige, Reichtum und Wohlstand zu garantieren.

Diese komplizierte Gemengelage gilt es bei der Betrachtung des Jahres 1913 zu berücksichtigen. Alle Regierungen sahen sich im Zeitalter des Nationalismus und rivalisierender Imperialismen sowie, damit einhergehend, einem inzwischen tief verwurzelten sozialdarwinistischen Denken gegenüber – ob es sich dabei um den vielbeschworenen Kampf des Slawen- gegen das Germanentum oder anders begründete Groß- beziehungsweise Weltmachtphantasien handelte. Das Fatale dieser Phantasien war, dass sie die Bereitschaft enthielten, für den gegenwärtigen Status als Groß- beziehungsweise Weltmacht zu kämpfen. „Die Frage“, so erklärte beispielsweise Großadmiral Alfred von Tirpitz in einer Geheimrede vor seinen Offizieren im Oktober 1913, „(...) ob Deutschland sich seine Weltstellung wenn nötig England gegenüber erkämpfen soll – mit dem großen Einsatz, den dieser Kampf in sich schließt – oder ob es sich auf die Stellung als europäische Kontinentalmacht 2. Ordnung von vornherein beschränken soll, diese Frage ist letzten Endes Sache des politischen Glaubens. Schließlich scheint es einer großen Nation würdiger, um das höchste Ziel zu kämpfen und vielleicht ehrenvoll unterzugehen als ruhmlos auf die Zukunft zu verzichten.“¹⁵

So wie Tirpitz dachten viele, wie ein Blick in die zeitgenössische Publizistik oder die Reden verantwortlicher und noch mehr unverantwortlicher Politiker zeigt. Es wäre allerdings verfehlt, diesen „Topos vom unvermeidlichen Krieg“ (Wolfgang J. Mommsen) allein als ein deutsches Problem zu betrachten. Chauvinistische Ausfälle gab es in anderen Ländern gleichermaßen, auch dort hielten viele Verantwortliche den Krieg zunehmend für unvermeidlich. Vollends kompliziert wurde diese Situation freilich dadurch, dass sich eigentlich alle Regierungen zwar gegenseitig attestierten, diesen angeblich unvermeidlichen Krieg nicht wirklich zu wollen, aber glaubten, dass die jeweils andere Seite aufgrund innerer Zwänge am Ende gar keine andere Wahl hätte, als diesen bald zu führen. „L'Empereur et le Chancelier veulent

¹⁵ Aufzeichnung von Korvettenkapitän Schultz vom 9.10.1913, BA-MA Nachlass Tirpitz N 253/423.

la paix“, berichtete der französische Militärattaché im April 1912, um dann auf den entgegengesetzten Druck der öffentlichen Meinung hinzuweisen.¹⁶

Dieser Druck war in der Tat immens: „Wir sind nicht der Meinung, daß wir nur und ausschließlich durch einen großen Krieg unsere weltpolitische Zukunft und unseren Anteil an der Welterschließung sichern können. Die überwältigende Mehrheit unseres Volkes wünscht beides im Frieden durchzusetzen“, schrieb beispielsweise der einflussreiche Historiker Friedrich Meinecke im Frühjahr 1913, fügte dann aber hinzu: „Wenn uns der Krieg durch unabweisbare Notwendigkeit aufgedrängt wird, dann wollen und müssen wir siegen, um jeden Preis und unbedingt und mit dem äußersten Aufgebot der Volkskraft.“¹⁷ Meinecke gehörte eher zu den Gemäßigten; andere, allen voran die Alldeutschen, waren bereit, im Interesse einer Bereinigung der Situation nach außen wie auch nach innen sogar den Staatsstreich zu wagen. Mit ihren unverhohlenen Drohungen verengten sie zunehmend den Handlungsspielraum der Reichsleitung, musste diese doch fürchten, von einer Flutwelle des Nationalismus hinweggespült zu werden. Das, was für das Deutsche Reich galt, galt *pars pro toto*, auch für andere Großmächte, wengleich die Bedingungen dort andere waren. Die Donaumonarchie wankte inzwischen von einer Krise in die andere, über dem Zarenreich schwebte das Damoklesschwert der erneuten Revolution, in Paris waren die innenpolitischen Verhältnisse chronisch instabil, und selbst in Großbritannien kriselte es angesichts ungeahnt großer Streiks und der Brisanz der *Home-Rule*-Frage (um die von Irland angestrebte autonome Selbstverwaltung), die Politik, Gesellschaft und selbst die Armee spaltete.

Doch neben diesen düsteren gab es auch erfreuliche Entwicklungen: Alarmiert von der Gefahr eines großen Krieges versammelten sich die Vertreter der Sozialistischen Internationale Ende 1912 in Bern, schworen, das ihnen Mögliche zu tun, um diesen zu verhindern. Aber auch der Alltag war keineswegs so düster wie man meinen könnte. Zwar lahmete die Konjunktur nach fast zwanzig Jahren Aufschwung, aber von einer Wiederholung

¹⁶ Zit. nach: S. Schmidt (Anm. 13), S. 216.

¹⁷ Zit. nach: K. Canis (Anm. 5), S. 521.

der „großen Depression“ der 1870er Jahre konnte keine Rede sein. Zudem gab es genügend Anlässe, sich zu freuen: Das 25-jährige Thronjubiläum Wilhelms II. im Sommer 1913, das ein großes Volksfest war, war dafür ebenso ein Beispiel wie die großen internationalen Jagden und Segelregatten oder die Sommerfrische, in die zu fahren sich immer mehr Menschen leisten konnten.¹⁸ Damit einher ging die Tendenz, die Klassengegensätze vorsichtig auch politisch zu entschärfen. So wählte die SPD mit Friedrich Ebert einen Pragmatiker zum Nachfolger des legendären August Bebel, und in Paris ging ohne die Unterstützung der Sozialisten im parlamentarischen Raum auch nicht viel.

„Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.“

„Ich habe voriges Jahr bereits von einem ‚völkerpsychologischen autosuggestiven Zustand‘ gesprochen, in den sich die Völker Europas haben hineinsetzen lassen. Der Prozeß dieses Zustandes ist noch nicht abgeschlossen. Es beginnt sich auch unseres Mittelstandes – und das ist vielleicht die bedenklichste Erscheinung – allmählich die gefährliche Phrase jetzt ernstlich zu bemächtigen: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“, erklärte der bayerische Abgeordnete Ernst Müller-Meiningen im April 1913 während der Reichstagsdebatte über die neue Wehrvorlage.¹⁹ An dieser Äußerung aus dem Munde eines Linksliberalen war viel Wahres dran. Sie spiegelt im Grunde das nationenübergreifende Kernproblem dieser Jahre wieder – den Glauben, es sei besser, den Krieg zu wagen, als ständig mit der Drohung zu leben, dass er komme, ohne aber zu wissen wann. Diese Sicht hatte etwas Fatalistisches an sich; sie übersah dabei freilich, dass es Menschen waren – Monarchen und Staatsmänner, Abgeordnete und Militärs –, die über Krieg und Frieden entschieden. Und dass sie darüber entscheiden konnten, wenn sie denn wollten, und welche Mittel ihnen dabei zur Verfügung standen, zeigten die Versuche zur

¹⁸ Vgl. Virginia Cowles, 1913. Abschied von einer Epoche, Frankfurt/M. 1969; Florian Illies, 1913. Der Sommer des Jahrhunderts, Frankfurt/M. 2012.

¹⁹ Zit. nach: Heinrich August Winkler, Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, Bonn 2000, S. 325.

Wiederbelebung des europäischen Mächtekonzernts 1912/1913. „Europa aber, das in sich geteilte und entzweite Europa, sollte sich vor Augen halten, dass auch sein Schicksal hierbei (sic!) unmittelbar auf dem Spiel steht, dass ein kategorischer Imperativ von ihm fordert, in dieser hochernsten Frage nicht in zwei getrennten Lagern, sondern in geschlossener Einheit aufzutreten, einsichtsvoll und zielbewusst“,²⁰ hieß es in einer in vielerlei Hinsicht aufschlussreichen Aufzeichnung des österreichischen Außenministers.

Das Dilemma freilich war, dass manche Staatsmänner sich diese Einsicht nur ein Jahr später nicht mehr zu eigen machen, eigene Ziele verfolgen sollten, obwohl sich die Lage kaum geändert hatte: Krisen und Kriegsgeschrei, das Drängen von Militärs und Chauvinisten, den Krieg nun doch bald zu führen, Beschwichtigungs- und Entspannungsversuche hielten sich lange Zeit die Waage. Der Reichskanzler, so hieß es noch Anfang Mai 1914 in einem Bericht des offenkundig enttäuschten Marineattachés über dessen Orientreise, „wolle keine Präventivkriege und glaube, in 15 Jahren wären wir so reich, daß unserer Weltpolitik nichts mehr im Wege stände“.²¹ Wenige Wochen später sollte er dies anders sehen. Warum, darüber streiten die Historiker seit beinahe hundert Jahren. Aber auch hier gilt es gegen manche Tendenz, unterschwellig die These des „Hineinschlitterns“ wiederaufzuwärmen,²² festzuhalten: Der Kanzler und alle anderen Entscheidungsträger in Berlin wussten, was sie taten, als sie sich entschieden, das Attentat auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger – ironischer Weise einer der Garanten des Friedens im Jahre 1913 – für eine risikoreiche Politik zu instrumentalisieren.

²⁰ Graf Berchthold, Aufzeichnung vom 15.12.1912, zit. nach: Friedrich Kießling, Gegen den „großen Krieg“? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914, München 2002, S. 190.

²¹ Tagebuchaufzeichnung von Kapitän zur See Albert Hopman, 6.–9.5.1914, zit. in: Albert Hopman, Das ereignisreiche Leben eines „Wilhelminers“. Tagebücher, Briefe, Aufzeichnungen 1901 bis 1920, München 2004, S. 368.

²² Dies, bewusst überspitzt, gegen Christopher Clark, The Sleepwalkers. How Europe went to War in 1914, London 2012.

1913 als Kriegsjahr: Südosteuropa und die Balkankriege

Am Sonntag, den 10. August 1913, gestand Bulgarien im Friedensvertrag von Bukarest seine Niederlage ein; in den Monaten

Björn Opfer-Klinger

Dr. phil., geb. 1972; Schulbuchredakteur beim Ernst Klett Verlag, freier Historiker und Politikwissenschaftler; Braunstraße 12, 04347 Leipzig. b.opfer-klinger@klett.de

darauf folgten weitere Friedensschlüsse zwischen den Balkanstaaten und dem Osmanischen Reich. Formal endeten damit die beiden Balkankriege, die seit Oktober 1912 ganz Südosteuropa erschütterten und beinahe zu einem „großen Krieg“ zwischen den rivalisierenden Großmächten geführt hätten. Schätzungsweise 200 000 Soldaten und eine unbekannte Zahl Zivilisten hatten ihr Leben verloren, Hunderttausende waren zu Flüchtlingen und Vertriebenen geworden. Trotzdem glaubte an jenem Sonntag wahrscheinlich keiner der Unterzeichner, dass mit dem Bukarester Vertrag eine tragbare Friedensordnung geschaffen worden wäre: Zu viele Fragen blieben ungeklärt. Und tatsächlich wurde der Balkan nur ein Jahr später erneut von einem Krieg erfasst – einem Krieg, der den in den europäischen Salons gefürchteten und ersehnten „großen Krieg“ auslösen und, zumindest mit Blick auf den griechisch-türkischen Teilkonflikt, erst mit dem Vertrag von Lausanne 1923 enden sollte.

Konfliktherd Balkan

Wer rückblickend einen Stein sucht, der die Ereignisse bis zum Frieden von Bukarest 1913 und von Lausanne 1923 ins Rollen brachte, landet zwangsläufig im Jahr 1903. Das Osmanische Reich, einst prosperierende Großmacht im östlichen Mittelmeer, war nur noch ein Koloss auf tönernen Füßen: Zwar herrschte Sultan Abdülhamid II. noch immer über beträchtliche Teile des Balkans; aber es garte an allen Ecken und Enden, und in sei-

ner wirtschaftlichen Rückständigkeit war das Reich finanzpolitisch nahezu ganz von den zentraleuropäischen Mächten abhängig. Unter dem Vorwand, die christliche Bevölkerung schützen zu müssen, mischten sich die europäischen Großmächte zunehmend in die inneren Angelegenheiten des Reiches ein und versuchten die Balkanstaaten für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Dabei rivalisierten sie um die Vorherrschaft in der Region und gaben den bestehenden Gegensätzen auf dem Balkan durch die Übertragung ihrer Konflikte einen immer gefährlicheren Charakter. In der Wahrnehmung der europäischen Öffentlichkeit entwickelte sich der Balkan so immer mehr zu einem „Pulverfass“, wobei es jedoch gerade die imperialistischen Ambitionen der Großmächte waren, allen voran Österreich-Ungarns und Russlands, die der komplizierten Verstrickung unterschiedlicher Konflikte im Osmanischen Reich eine europäische Dimension gaben.

Das schwächelnde Osmanische Reich schien als nahezu letzte Region in Europa noch Spielräume zu bieten, Einflussphären zu verändern. Während Russland sich als Schutzmacht der orthodoxen, slawischen Bevölkerung sah und gleichzeitig nach einem direkten Zugang zum Mittelmeer trachtete, strebte Österreich-Ungarn als Vielvölkerstaat aus innenpolitischen Gründen zwar weniger nach territorialer Expansion, betrachtete Südosteuropa aber als „seinen“ politischen und wirtschaftlichen „Hinterhof“ – nur hier spielte Wien als alte Großmacht noch eine spürbare Rolle. Gleichzeitig wähte Italien in der bröckelnden osmanischen Herrschaft auf dem Balkan eine ideale Chance, sich als neue Stimme im Konzert der Mächte zu etablieren. Es waren jedoch nicht mehr die Großmächte allein, die den Takt der Musik angaben. Hinzu kamen die im 19. Jahrhundert entstandenen südosteuropäischen Staaten, die immer selbstbewusster und aggressiver als Sprecher „ihrer“ Bevölkerung unter osmanischer Herrschaft auftraten. Länder wie Bulgarien, Griechenland und Serbien hatten inzwischen einen Staatsapparat und schlagkräftige Wehrpflichtarmeen modernen Zuschnitts aufgebaut, die eine eigene imperialistische Politik zuließen. Mit dem Ziel, mittelfristig möglichst große Territorien zu „befreien“, organisierten oder unterstützten sie tatkräftig bewaffnete Rebellengruppen, die gegen die osmanisch-muslimische Herrschaft kämpften. Gleichzeitig rangen diese Guerilla-

bewegungen untereinander um die Vorherrschaft in der Region und destabilisierten sie dadurch zusätzlich.

Einen Höhepunkt der Rebellenaktivitäten stellte der Aufstand und die Ausrufung einer unabhängigen Republik seitens der stärksten pro-bulgarischen Rebellengruppierung, der Inneren Makedonisch-Thrakischen Revolutionären Organisation (IMRO) in Makedonien im August 1903 dar. Der sogenannte Ilinden-Aufstand wurde zwar rasch niedergeschlagen, aber seine Folgen waren vielfältig: Während die pro-bulgarische Bewegung geschwächt wurde, intensivierten die Anhänger der griechischen und serbischen, aber auch der albanischen Autonomiebewegung ihre Aktivitäten. Der Bandenkrieg nahm immer blutigere Formen an.[¶] Gleichzeitig animierten die Ereignisse die Großmächte zu einer „humanitären Intervention“ auf dem Balkan. Mit dem Argument, die christliche Bevölkerung besser schützen zu müssen, zwangen Österreich-Ungarn und Russland in Abstimmung mit den anderen Großmächten dem Osmanischen Reich das sogenannte Mürzsteger Reformprogramm auf. Ab Frühjahr 1904 wurden zwei zivile Vertreter aus Österreich-Ungarn und Russland nach Makedonien entsandt, die fortan als Ansprechpartner für Klagen der christlichen Bevölkerung dienen sollten. Probleme der christlichen Minderheiten wurden dadurch automatisch internationalisiert. Darüber hinaus übernahmen 25 Offiziere der Großmächte, sozusagen als ein frühes Beispiel von „Blauhelmen“, die Reformierung der dortigen osmanischen Gendarmerie. Die osmanische Regierung protestierte nachdrücklich gegen diese empfindlichen Eingriffe in die Souveränität ihres Staates, musste sich jedoch den ausländischen Mächten beugen.

Zuspitzungen nach der jungtürkischen Revolution

Für die oppositionelle Sammelbewegung der Jungtürken, die besonders unter der jüngeren Offiziers- und Beamenschaft viele Anhänger

¶ Vgl. Duncan M. Perry, *The Politics of Terror. The Macedonian Liberation Movements 1893–1903*, London 1988; Fikret Adanır, *Die Makedonische Frage. Ihre Entstehung und Entwicklung bis 1908*, Wiesbaden 1979; Mehmet Hacısalıhoğlu, *Die Jungtürken und die Mazedonische Frage (1890–1918)*, München 2003.

hatte, brachten vermutlich die Auswirkungen dieser „humanitären Intervention“ das Fass zum Überlaufen. Am 3. Juli 1908 kam es, ausgehend von Garnisonen in Makedonien, zur jungtürkischen Revolution. Diese zwang den autoritär regierenden Sultan, die 1876 eingeführte, jedoch 1878 wieder ausgesetzte Verfassung wieder in Kraft zu setzen. Das Osmanische Reich wurde zur konstitutionellen Monarchie, und eine Entwicklung zu einem Staat gleichberechtigter Bürger – ungeachtet ihrer religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit – erschien nun möglich. Dies aber konnte weder im Sinne der konservativen osmanischen Eliten noch der südosteuropäischen Anrainstaaten und den von ihnen unterstützten nationalistischen Organisationen sein.

Von nun an sollte der Balkan nicht mehr zur Ruhe kommen. Österreich-Ungarn nutzte die Schwäche der gerade erst an die Macht gekommenen heterogenen jungtürkischen Bewegung und annektierte die seit 1878 besetzten osmanischen Provinzen Bosnien und Herzegowina. Damit löste es nicht nur die sogenannte Annexionskrise aus und riskierte damit, dass eine territoriale Frage des Balkans einen „großen Krieg“ zwischen den Mächten auszulösen drohte. Gleichzeitig provozierte dieses Vorgehen die radikalen Vertreter der serbischen Nationalbewegung. 1911 sollte sich aus serbischen Offizieren die Geheimorganisation *Ujedinjenje ili Smrt* (Vereinigung oder Tod) gründen, die später zu den Drahtziehern des folgenreichen Attentats von Sarajevo gehörte, bei dem am 28. Juni 1914 der Thronfolger Österreich-Ungarns, Erzherzog Franz Ferdinand, getötet wurde. Auch unter den bulgarischen und serbischen Eliten wuchs die Bereitschaft, zur Durchsetzung ihrer Expansionsziele notfalls einen militärischen Konflikt zu riskieren. In Griechenland inspirierte die jungtürkische Revolution im Sommer 1909 unzufriedene griechische Offiziere zum Aufstand von Goudi, der Züge einer bürgerlichen Revolution annahm und dem kretischen Politiker Eleftherios Venizelos, später ein Hauptverfechter der Idee eines Großgriechenlands, den Weg an die Macht ebnete.

Die Wiedereinsetzung der osmanischen Verfassung verhiess zunächst eine Verbesserung der Situation der christlichen Bevölkerung im Osmanischen Reich; die jungtürkische Regierung zeigte sich 1908/1909 gegenüber Mitbestimmungs- und Autono-

mieforderungen christlicher beziehungsweise nichttürkischer Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen. Allerdings blieben diese Ansätze in ihren Anfängen stecken, vielen muslimischen Konservativen und türkischen Nationalisten gingen die Autonomieforderungen der Minderheitenvertreter zu weit. Der seit 1909 herrschende Sultan Mehmed V. vermochte es nicht, eine eigenständige Rolle zu spielen und überließ den Jungtürken vollends das Heft des Handelns. Andererseits gingen die Veränderungen vielen bulgarischen, albanischen und griechischen Radikalen nicht schnell genug. So wuchs der Unmut, und bald explodierten wieder Bomben gegen staatliche Einrichtungen und wurden bewaffnete Banden aktiv. Als die türkische Regierung ab 1910 ihre Vorstellungen eines modernen Zentralstaates umzusetzen begann, entschlossen sich besonders unter den traditionellen albanischen Eliten viele zum bewaffneten Widerstand. Anrainerstaaten wie Montenegro schürten solche Erhebungen zusätzlich durch Waffenlieferungen. Im Dezember 1911 lösten die Jungtürken das Parlament auf, und bei den anschließenden Neuwahlen erlangte der radikale Flügel eine deutliche Mehrheit, wohingegen alle wichtigen Vertreter der verschiedenen Minderheitsfraktionen an einem Wiedereinzug ins Parlament gehindert wurden.

Neben den innenpolitischen Veränderungen heizte die imperialistische Politik der Großmächte die Situation an. Die italienische Regierung, durch soziale und wirtschaftliche Probleme unter Druck, sah in den Umwälzungen im Osmanischen Reich eine willkommene Chance, die eigene Stellung durch den Erwerb neuer Kolonien zu stärken und erklärte dem jungtürkischen Staat am 29. September 1911 den Krieg. Wenig später eroberten italienische Truppen die Küstenregionen der osmanischen Provinzen in Nordafrika (das heutige Libyen). Im Frühjahr 1912 weitete sich der Krieg in das Ägäische Meer aus, wo Italien die Dodekanes-Inselgruppe besetzte. Unter diesen Bedingungen waren die Jungtürken gezwungen, der albanischen Aufstandsbewegung, die im Sommer 1912 große Teile Nordalbanien, des Kosovos und Westmakedoniens unter ihre Kontrolle gebracht hatte, mit umfangreichen Zugeständnissen entgegenzukommen. Das wiederum widersprach den Interessen der angrenzenden Balkanstaaten und einiger Großmächte.

Seit der Annexion Bosnien-Herzegowinas durch Österreich-Ungarn hatte die russische Regierung eine weitere Expansion der Habsburger auf dem Balkan befürchtet, weswegen sich die russische Diplomatie verstärkt darum bemühte, die Balkanstaaten in einem gemeinsamen pro-russischen Balkanbund zusammenzuführen. Tatsächlich kam es am 13. März 1912 zu einem bulgarisch-serbischen Freundschafts- und Bündnisvertrag. In einem geheimen Zusatzartikel wurde vereinbart, etwaige Unruhen im europäischen Teil des Osmanischen Reiches, welche die nationalen Interessen beider Staaten betreffen würden, als Grund für einen gemeinsamen Krieg gegen den osmanischen Nachbar anzusehen. An dieser Stelle begannen die südosteuropäischen Akteure bereits, sich vom Einfluss der Großmächte, in diesem Falle Russlands, zu emanzipieren. Ohne vorherige Rücksprache mit der russischen Regierung schloss Bulgarien am 29. Mai 1912 ein Bündnis mit Griechenland, das von der italienischen Expansion ins ägäische Meer zu tiefst beunruhigt war. Wenig später verbündete sich auch Montenegro mit Bulgarien und Serbien; gemeinsam bereiteten sie sich auf einen Angriffskrieg vor. Über die Aufteilung der zu erobernden Gebiete wurden allerdings nur sehr vage Absprachen getroffen. Serbien und Bulgarien vereinbarten lediglich, einen Schiedsspruch des russischen Zaren zu akzeptieren, sollten sie sich im Ernstfall nicht über die Aufteilung Makedoniens einigen können.^F

In den folgenden Monaten entglitt der russischen Diplomatie die Kontrolle über „ihren“ Balkanbund. Anfang Oktober 1912 begannen die Balkanstaaten, ihre Streitkräfte mobil zu machen. Aufgeschreckt versuchten die Großmächte nunmehr, die jungtürkische Regierung zu Reformen in Makedonien zu drängen, um die Lage zu entschärfen, doch war es dazu bereits zu spät. Nachdem Montenegro am 8. Oktober den Kriegszustand verkündet hatte, folgten die anderen Balkanstaaten eine Woche später nach.

^F Vgl. Karl Adam, Großbritanniens Balkandilemma. Die britische Balkanpolitik von der bosnischen Krise bis zu den Balkankriegen 1908–1913, Hamburg 2009, S. 131 f.; Konrad Clewing, Staatensystem und innerstaatliches Agieren im multiethnischen Raum: Südosteuropa im langen 19. Jahrhundert, in: ders./Oliver Jens Schmitt (Hrsg.), Geschichte Südosteuropas, Regensburg 2011, S. 486.

Erster Balkankrieg

Der Erste Balkankrieg stellte die europäische Diplomatie vor ernsthafte Herausforderungen. Nahezu alle Großmächte verfolgten weitgehende machtpolitische oder wirtschaftliche Interessen auf dem Balkan, weshalb es ihnen schwerfiel, eine gemeinsame Haltung gegenüber den Konfliktparteien einzunehmen. Gleichzeitig schufen die Balkanstaaten rasch Fakten: Zur Überraschung aller europäischen Beobachter wurden die osmanischen Truppen innerhalb weniger Wochen an allen Fronten geschlagen und zum Rückzug gezwungen. Am 7. November 1912 erreichten die griechischen Truppen wenige Stunden vor den bulgarischen die wichtige Hafenmetropole Thessaloniki. Serbien besetzte den Zentralbalkan. Bulgarische Truppen stießen durch Thrakien auf Konstantinopel vor und konnten erst wenige Kilometer vor der osmanischen Hauptstadt gestoppt werden, während die griechische Armee im raschen Tempo an der Adriaküste nach Norden vormarschierte. Als es den Großmächten schließlich gelang, in einem gemeinsamen Auftreten am 3. Dezember 1912 die Balkanstaaten, mit Ausnahme Griechenlands, zu einem vorläufigen Waffenstillstand zu bewegen, hatte das Osmanische Reich bereits den Großteil seiner europäischen Territorien eingebüßt.

Nicht verhindern konnten die Großmächte allerdings, dass unter den Augen der Weltöffentlichkeit die Kampfhandlungen von einer Welle ethno-politischer Gewalt begleitet wurden, die sich in erster Linie gegen die muslimische Bevölkerung richtete.[¶] Allerdings gingen die Massaker, Vergewaltigungen und Vertreibungen nicht allein – wie in früheren Kriegen – auf das Konto undisziplinierter Soldateska, sondern waren Teil der „modernen“ Kriegsstrategie in Zeiten eines übersteigerten, aggressiven Nationalismus. Die Grenze zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten wurde brüchig. Die gerade erst auf der Haager Friedenskonferenz 1907 als Grundlage eines neuen internationalen Kriegsrechts vereinbarte Landkriegsordnung erwies sich als nicht mehr als ein Stück Papier.

Innenpolitisch führten die Ereignisse seit Oktober 1912 dazu, dass der rechtsnationale

¶ Vgl. Leo Trotzki, *Die Balkankriege 1912–13*, Moskau 1926, dt. Ausgabe Essen 1995.

Flügel der Jungtürken Ende Januar 1913 unter Führung junger Generäle putschte und eine turknationalistische Militärdiktatur errichtete.[¶] Infolgedessen entbrannten die Kämpfe erneut, und schon bald fielen auch die letzten osmanischen Stützpunkte auf dem Balkan. Die verbündeten südosteuropäischen Staaten waren klare Sieger. Wie sollte es aber weitergehen? Wie sollte der Balkan neu geordnet werden? Darüber zu entscheiden, behielten sich die Großmächte vor. Ihre Vorstellungen fassten sie im sogenannten Londoner Vertrag zusammen, der schließlich am 30. Mai 1913 als Vorfriedensvertrag zähneknirschend von allen Krieg führenden Staaten unterschrieben wurde.

Londoner Botschafterkonferenz und Zweiter Balkankrieg

Der Weg zum Londoner Vertrag hatte sich allerdings auch für die sechs Großmächte als extrem schwierig erwiesen. Russland wollte um jeden Preis eine Ausweitung des österreichisch-ungarischen Einflusses auf dem Balkan verhindern und die eigene Position im schrumpfenden Osmanischen Reich ausbauen. Großbritannien, das sich seit 1907 Russland angenähert hatte, unterstützte die russische Politik halbherzig, war jedoch vor allem an einer Deeskalation der Situation interessiert. Frankreich und das Deutsche Reich rivalisierten auf dem Balkan und im Orient vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet als Rüstungslieferanten. Die deutsche Regierung sah in den Jungtürken zudem potenzielle Bündnispartner für einen eventuellen Konflikt mit Großbritannien und Russland.[¶] Österreich-Ungarn und Italien strebten nach der direkten oder indirekten Kontrolle der albanischen Küste; beide einte zudem das Ziel, Griechenland und Serbien, das nach einem eigenen Adriazugang trachtete, aus dieser Region herauszuhalten.

Nach einigem Gerangel hinter den Kulissen einigten sich die Großmächte auf eine gemeinsame Botschafterkonferenz in London, wo über die Lösung der zahlreichen Fragen des Balkankonflikts beraten werden soll-

¶ Vgl. M. Hacısalıhoğlu (Anm. 1), S. 391.

¶ Vgl. Bernd F. Schulte, *Vor dem Kriegsausbruch 1914. Deutschland, die Türkei und der Balkan*, Düsseldorf 1980, S. 18f.

te. Einen direkten Einbezug der betroffenen Akteure als gleichberechtigte Partner hielten sie allerdings, ganz in der Tradition früherer Konferenzen, nicht für nötig. Über den Verhandlungen schwebte immer wieder die Gefahr einer offenen Eskalation zwischen Österreich-Ungarn und Russland.¹⁶ Angesichts der Expansion Montenegros und Serbiens drohte Wien mit einem militärischen Eingreifen und zog Truppen in Bosnien zusammen, was wiederum Russland provozierte. An ihrer gemeinsamen Grenze ließen beide ihre Streitkräfte zeitweise drohend verstärken. Ein Grund dafür war die ungeklärte Frage, wie die Zukunft der westbalkanischen albanischen Siedlungsgebiete geregelt werden sollte, auf die sowohl Montenegro als auch Serbien und Griechenland Ansprüche erhoben, während die Anführer der albanischen Nationalbewegung bereits ein unabhängiges Albanien ausgerufen hatten.¹⁷ Letztendlich entschieden sich die Großmächte in einer zähen Kompromissfindung dafür, die Gründung eines kleinen albanischen Staates zu akzeptieren, sahen jedoch vor, diesen für längere Zeit unter einem gemeinsamen Protektorat zu verwalten. Die umstrittene Grenzziehung gegenüber Serbien, dem das Kosovo als Kompensation für den verweigerten Adriaafen überlassen wurde, sowie gegenüber Montenegro und Griechenland wurde internationalen Grenzkommissionen übertragen. Als albanisches Staatsoberhaupt wurde ein junger, auf diese Aufgabe nicht vorbereiteter deutscher Prinz ausgewählt – doch Wilhelm von Wied sollte es kaum ein halbes Jahr in Albanien aushalten, bis die Region im Sommer 1914 wieder im Bürgerkrieg versank.

Als nicht minder schwierig erwies sich die Aufteilung Makedoniens, worunter geografisch damals das Kerngebiet des osmanischen Balkans verstanden wurde. Dieses erstreck-

¹⁶ Vgl. Franz-Josef Kos, Die politischen und wirtschaftlichen Interessen Österreich-Ungarns und Deutschlands in Südosteuropa 1912/13. Die Adriaafen-, die Saloniki- und die Kavallafrage, Wien 1996; Katrin Boeckh, Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg. Kleinstaatpolitik und ethnische Selbstbestimmung auf dem Balkan, München 1996; Friedrich Kießling, Gegen den „großen Krieg“? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914, München 2002.

¹⁷ Vgl. Hanns Christian Lühr, Die Gründung Albaniens. Wilhelm zu Wied und die Balkan-Diplomatie der Großmächte 1912–1914, Frankfurt/M. 2010.

te sich in etwa zwischen den Flüssen Nestos (im Osten) und Aliakmon (im Süden) im heutigen Nordgriechenland bis zum Kosovo (im Norden) und dem Ohridsee (im Westen). Griechenland sicherte sich mit der Hafenstadt Thessaloniki das urbane und ökonomische Zentrum. Im Norden und Nordwesten wurde der Löwenanteil (mit den Städten Skopje, Bitola und Ohrid) Serbien zugesprochen. Die bulgarischen Eliten sahen sich dadurch der Früchte der militärischen Erfolge beraubt: In ihrer Wahrnehmung hatten ihre Streitkräfte beim Vormarsch auf die osmanische Hauptstadt die Hauptlast getragen. Unzufrieden war auch die jungtürkische Führung, war doch die Grenze des Osmanischen Reiches auf europäischer Seite bis kurz vor Konstantinopel geschoben worden. Ebenfalls unbefriedigt zeigte sich die rumänische Regierung, die für den Machtzuwachs der anderen südosteuropäischen Staaten Kompensationsforderungen stellte.

Nicht gewillt, die Londoner Friedensordnung hinzunehmen, und enttäuscht von der ausbleibenden Unterstützung Russlands begann die bulgarische Führung, sich stärker an Österreich-Ungarn zu orientieren. In Überschätzung der eigenen militärischen Schlagkraft und Verkennung der machtpolitischen Situation entschlossen sich der bulgarische Zar und die Militärführung am 29. Juni 1913 zu einem Überraschungsschlag gegen die ehemaligen Verbündeten, um die eigenen Ansprüche in Makedonien durchzusetzen. Doch der Angriff blieb rasch stecken, für Bulgarien wurde der Krieg innerhalb weniger Wochen zur Katastrophe. Am 9. Juli trat Rumänien in den Zweiten Balkankrieg ein und stieß mit seiner Armee in Richtung Sofia vor. Zwei Tage später nutzte auch die jungtürkische Regierung die Gunst der Stunde und besetzte kurz darauf die heftig umkämpfte Stadt Edirne. Bulgarien sah sich plötzlich einem Vierfrontenkrieg gegenüber und musste aufgeben. Ohne dass diesmal die Großmächte involviert gewesen wären, kam es am 10. August zum Friedensvertrag von Bukarest. Bulgarien musste nun zugunsten Serbiens und Griechenlands auf den Hauptteil Makedoniens verzichten, ebenso auf Teile der nordostbulgarischen Dobrudscha zugunsten Rumäniens. Am 29. September 1913 verpflichtete es sich im Vertrag von Konstantinopel schließlich noch, Teile Ostthrakiens mit Edirne an das Osmanische Reich zurückzugeben.

Ungelöste Fragen

Die verschiedenen Friedensschlüsse im Spätsommer und Herbst 1913 beendeten die Balkankriege offiziell, doch stabil war diese Nachkriegsordnung nicht. Für alle Seiten dauerhaft akzeptable Kompromisse brachte keiner von ihnen zustande. Vielleicht konnten sie das auch gar nicht. Zu groß waren die Veränderungen und zu aufgeheizt die nationalistische Stimmung der Eliten in den jeweiligen Sieger- und Verliererstaaten. So veränderte die territoriale Neuordnung im Herbst 1913 die lokalen Machtverhältnisse nachhaltig: Während das Osmanische Reich rund 85 Prozent seines europäischen Staatsgebietes verloren hatte, konnten Serbien und Griechenland ihr Territorium nahezu verdoppeln, Bulgarien büßte seine Stellung als größter Balkanstaat ein. Mit Albanien war ein neuer instabiler, halbsouveräner Staat entstanden. Kaum eine der neuen Grenzen konnte als gesichert und respektiert gelten, und schon bald wurden wieder pro-bulgarische, albanische und jungtürkische Freischärler aktiv, die Anschläge und Überfälle in den von Griechenland und Serbien neu gewonnenen Gebieten verübten. Viele der infolge der Friedensschlüsse 1913 geschaffenen neuen Konfliktfelder prägten Südosteuropa über Jahrzehnte. Manche Streitfragen wirken bis in die Gegenwart nach.

Zwei herausragende Beispiele dafür stellen die Konflikte um die ägäischen Inseln und Makedonien dar: Im ägäischen Meer kreuzten sich die Interessen der Großmächte und der Anrainerstaaten besonders augenfällig. Für das britische Empire stellten Griechenland und die ägäischen Inseln ein wichtiges Zwischenglied auf der Seeroute nach Indien dar. Gleichzeitig sah das aufstrebende Italien in dieser Region eine Chance, den eigenen Machtbereich auszubauen und somit gegenüber den alten imperialistischen Großmächten aufzuholen. Aus diesem Grund war die italienische Regierung auch nicht bereit, die 1912 besetzten ägäischen Dodekanes-Inseln wieder zu räumen. Tatsächlich sollte die dortige italienische Präsenz erst im Laufe des Zweiten Weltkriegs enden.

Gravierender aber war der griechisch-türkische Gegensatz in der Ägäis-Frage. Für die griechische Nationalbewegung waren die ägäischen Inseln ein integraler Bestandteil der *Megali Idea* (der Traum eines vereinigt-

ten Großgriechenlands). Die jungtürkische Regierung argumentierte dagegen eher aus strategischer Perspektive und verwies darauf, dass die kleinasiatische Küste ohne zumindest die östlichen Inseln militärisch kaum zu verteidigen sei. Die Uneinigkeit der Großmächte wirkte zusätzlich destabilisierend. Erst als die Ägäis-Frage ausgeklammert wurde, kam es am 1. November 1913 zum griechisch-osmanischen Friedensabschluss in Athen. Ein territorialer Kompromiss sollte aber erst nach dem Ersten Weltkrieg und dem blutigen griechisch-türkischen Krieg 1919–1922 im Vertrag von Lausanne 1923 schriftlich fixiert werden. Ruhe kehrte deswegen trotzdem nicht ein. Der Ägäis-Konflikt ist bis in die Gegenwart brisant geblieben, obgleich er sich seit den 1970er Jahren mehr auf die Frage verschob, wie die nationalen Hoheitsgewässer (Sechs-, Zehn-, oder Zwölfmeilenzone) und der Luftraum der Inseln zu definieren seien.

Das wahrscheinlich schwerwiegendste Spannungsfeld war Makedonien. Die pro-bulgarische Rebellenorganisation IMRO, die enge Kontakte in die höchsten politischen und militärischen Kreise Bulgariens pflegte, führte bis in die 1930er Jahre ihren bewaffneten Kampf gegen die griechische, besonders aber gegen die serbische Herrschaft in Makedonien weiter. Sie trug wesentlich dazu bei, dass Makedonien noch für lange Zeit eine unruhige Region im Ausnahmezustand blieb.¹⁸ Aber auch Bulgarien war nach 1913 alles andere als gewillt, seine Ansprüche auf Makedonien aufzugeben. Aus der nationalen Perspektive der bulgarischen Eliten galt die slawisch-makedonische Bevölkerung als unterdrückter, noch zu befreiender Teil des bulgarischen Volkes. Dies trug wesentlich dazu bei, dass Bulgarien noch zwei weitere (erfolglose) Eroberungsversuche unternahm (1915–1918, 1941–1944). Später sollte die Verbreitung eines eigenständigen „slawomakedonischen“ Nationalgefühls in der jugoslawischen Teilrepublik Makedonien den bulgarischen Ansprüchen nach und nach die Grundlage entziehen. Stattdessen trat nach dem Zerfall Jugoslawiens und der Unabhän-

¹⁸ Vgl. Stefan Troebst, Mussolini, Makedonien und die Mächte 1922–1930. Die „Innere Makedonische Revolutionäre Organisation“ in der Südosteuropapolitik des faschistischen Italiens, Köln 1987; Nada Boškowska, Das jugoslawische Makedonien 1918–1941. Eine Randregion zwischen Repression und Integration, Wien 2009.

gigkeit Makedoniens 1991 unter anderem der Namensstreit mit Griechenland in den Vordergrund: Aus Sorge, der makedonische (beziehungsweise heute mazedonische) Staat könnte irgendwann Ansprüche auf Nordgriechenland erheben – also jenen Teil der historischen Region Makedonien, den Griechenland 1913 bei der Aufteilung des osmanischen Erbes erhalten hatte –, war und ist Griechenland nicht bereit, „Republik Makedonien“ als Staatsnamen des Nachbarstaates zu akzeptieren. Dieser Konflikt, der ein indirektes Erbe der Ereignisse 1912/1913 darstellt, belastet die Verhandlungen Mazedoniens um die Aufnahme in die NATO und den Beitritt zur Europäischen Union bis heute.

Einordnung der Ereignisse

Im Vergleich mit den bisherigen Großmächten waren die südosteuropäischen Staaten nach den beiden Balkankriegen scheinbar die Sieger, hatten sie doch alle ihr Territorium erheblich ausweiten und ihr Gewicht als eigenständige Akteure in der internationalen Politik aufwerten können. Doch der Preis war hoch und wird im Rückblick meist übersehen. Staaten wie Griechenland oder Serbien konnten zwar ihr Staatsgebiet fast verdoppeln, mussten die neuen Provinzen jedoch mühsam integrieren. Sämtliche Kriegsparteien hatten einen hohen Blutzoll gezahlt. Ihre Staatsverschuldung, vorher schon eine schwere Belastung, war dramatisch in die Höhe geschneit. Sie waren mit der Versorgung einer immensen Zahl von Flüchtlingen konfrontiert, ebenso mit einer bislang unbekannt Dimension von Invaliden und Hinterbliebenen, die, vom überforderten Staat nicht versorgt, nunmehr zum Stadtbild vieler Orte gehörten und die Gesellschaft mit den Folgen moderner Kriegsführung direkt konfrontierten.¹⁰

Auch wenn die Totalisierung der Kriegsführung 1912/1913 noch nicht das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben der beteiligten Staaten erfasste, boten die Balkankriege doch einen bitteren Vorgeschmack auf Mas-

¹⁰ Vgl. Wolfgang Höpken, *Archaische Gewalt oder Vorboten des „totalen Krieges“? Die Balkankriege in der europäischen Kriegsgeschichte des 20. Jahrhunderts*, in: Ulf Brunnbauer/Andreas Helmedach/Stefan Troebst (Hrsg.), *Schnittstellen. Gesellschaft, Nation, Konflikt und Erinnerung in Südosteuropa*, Festschrift für Holm Sundhaussen, München 2007, S. 254f.

sentod, Massenverstümmelung und das soziale Elend des Ersten Weltkriegs. Und doch, trotz all dieser Probleme, sahen viele Politiker, Militärs und Verfechter nationalistischer Visionen in allen Balkanstaaten ihre Ziele noch nicht erreicht und empfanden daher die Friedensregelungen des Jahres 1913 nur als Zwischenschritt. Nicht ohne Grund deuten Historiker die beiden Balkankriege als erste Phase des Ersten Weltkriegs, der dann, aus südosteuropäischer Perspektive, vielmehr einen „dritten Balkankrieg“ darstellte.¹¹

Der Verlauf der Balkankriege offenbarte, wie sehr der Einfluss der Großmächte geschrumpft war. Nachdem sie erheblichen Anteil daran genommen hatten, dass die Konflikte auf dem Balkan 1912/1913 in zwei Kriegen eskalierten, waren sie dann nur noch in Teilbereichen in der Lage, die entstandene Eigendynamik unter Kontrolle zu bekommen. Gleichzeitig bestand die Gefahr fort, dass sich der nur scheinbar regionale Konflikt zu einem „großen Krieg“ zwischen den Großmächten ausweiten würde. Auch wenn der Balkan 1913 selbst kein „Pulverfass“ darstellte, sondern dies nur eine europäische Fremdzuschreibung war, so kam ihm ein Jahr später doch die Rolle einer Zündschnur zu – eine Rolle, die auch eine andere Region hätte einnehmen können. Das Pulverfass war stattdessen das „zivilisierte“ und „moderne“ Europa selbst.¹¹

Während das Jahr 1913 in vielen europäischen Staaten rückblickend häufig als das letzte „normale“ Jahr vor der Katastrophe des Ersten Weltkriegs dargestellt und erinnert wird, bedeutete es für einen nicht unwesentlichen Teil des Kontinents – Südosteuropa – bereits eine tief greifende Zäsur. Es besiegelte das Ende einer mehrere Jahrhunderte langen Epoche osmanischer Herrschaft und veränderte den ethnografischen und kulturellen Charakter des Balkans nachhaltig.

¹⁰ Vgl. Joachim Remake, 1914 – The Third Balkan War: Origins Reconsidered, in: *Journal of Modern History*, 43 (1971), S. 354–366; Richard C. Hall, *The Balkan Wars 1912–1913. Prelude to the First World War*, London–New York 2000, S. 131f.; F. Kießling (Anm. 6), S. 3.

¹¹ So der britische Historiker Misha Glenny. Vgl. Andreas Ernst, *Vor 100 Jahren begannen die Balkankriege. Auftakt zur Katastrophe*, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 3.11.2012, online: www.nzz.ch/1.17752603 (29.1.2013).

Christoph Nübel

Bedingt kriegsbereit. Kriegserwartungen in Europa vor 1914

Das Jahr 1913 begann, wie 1912 endete: mit Krieg und Krise. Seit dem Herbst 1912 tobten Kämpfe auf dem Balkan und forderten

Christoph Nübel

Dr. phil., geb. 1982; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.
christoph.nuebel@geschichte.hu-berlin.de

die Interessen der konkurrierenden Mächte Österreich-Ungarn und Russland mitsamt ihrer Bündnissysteme heraus. Europa war erheblichen Spannungen ausgesetzt. In dieser bedrohlichen Situation – in kursierenden Depeschen sprachen die

Diplomaten bereits von der Möglichkeit eines Krieges – verfasste der deutsche Generalstab eine Denkschrift, die sich mit den militärischen Zukunftsplanungen des Reiches befasste. Die Militärs hoben die Bedeutung der deutschen Allianzpartner, neben Italien war das vor allem Österreich-Ungarn, hervor. Nur „wenn das gesamte Volk von der Erkenntnis durchdrungen ist, daß mit der Schädigung der Bundesgenossen auch die eigenen Lebensinteressen gefährdet sind, wird die Opferwilligkeit in ihm aufleben, deren jeder Staat (...) bedarf, um einen energischen Krieg führen zu können“. Sollte es auf dem Kontinent zum Krieg kommen, müsse man „den casus belli“ so „formulieren, daß die Nation einmütig und begeistert zu den Waffen greift“.¹

Das Beispiel ist kein Sonderfall: Es spiegelt Denkweisen und Einstellungen wider, die in allen europäischen Großmächten verbreitet waren, sich auf die Politik auswirkten und uns viel über das Jahr 1913 und die „Vorkriegszeit“ verraten. Offensichtlich waren die internationalen Beziehungen um 1913 von Konflikten gekennzeichnet. Sie entstanden, weil das politische Handeln von gefährlichen Ideen geprägt war. Die Großmächte setz-

ten auf eine herausfordernde Machtpolitik, mit der sie nationales Prestige gewinnen und ihre Sicherheit gewährleisten wollten. Dabei spielten die Bündnissysteme eine zunehmend wichtige Rolle. Die Denkschrift verrät weiterhin, dass man im Kriegsfall mit einem zerstörerischen Kampf rechnete, für den die Mobilisierung der ganzen Nation notwendig sein würde. Doch war ein Krieg für die Zeitgenossen überhaupt wahrscheinlich? Konnten Politiker und Militärs in Europa auf eine breite Zustimmung der Bevölkerung hoffen? Gab es womöglich schon vor Kriegsausbruch 1914 Formen einer Propaganda, die den Krieg befürwortete und auf ihn hinarbeitete?

Gefährliche Tendenzen

Nicht nur in der Krise von 1912/1913 lag in Europa Krieg in der Luft. Zwischen Deutschland und Großbritannien gab es wegen der deutschen Flottenpolitik latente Spannungen. 1905/1906 und 1911 beunruhigten zwei Marokkokrisen die internationale Politik, bei denen Deutschland und Frankreich um Einfluss in Nordafrika rangen. Sie führten letztlich zur Festigung der 1908 geschlossenen Triple Entente zwischen Frankreich, Großbritannien und Russland. Ganz ähnliche Auswirkungen hatte die Bosnische Annexionskrise. Sie sorgte im selben Jahr für diplomatische Unruhe, nachdem sich Österreich-Ungarn einige Balkanterritorien einverleibt hatte. Letztlich führten diese Krisen dazu, dass sich in Europa bis 1913 zwei gefestigte Bündnissysteme herausbildeten: Der Dreibund mit Deutschland, der Habsburgermonarchie sowie Italien auf der einen und die Triple Entente auf der anderen Seite. Zwischen 1911 und 1913 ereigneten sich darüber hinaus drei Kriege, in denen zunächst Italien, dann durch das Handeln Italiens ermutigt auch Balkanstaaten wie Bulgarien und Serbien den Machtbereich des wankenden Osmanischen Reiches zurückdrängten. Dazu kamen Unruhen an der Peripherie Europas, in denen Gewalt stets eine naheliegende Option politischen Handelns war. In ihren Kolonien zögerten die europäischen Mächte ohnehin selten, Aufstände mit Waffengewalt zu bekämpfen.

¹ Zit. nach: Erich Ludendorff (Hrsg.), Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18, Berlin 1922⁴, S. 53f.

Die zahlreichen kalt und heiß ausgetragenen Konflikte verschafften dem Krieg eine besondere Präsenz in der europäischen Politik. Überhaupt waren politische und militärische Entscheidungsträger, Professoren und Publizisten wie Heinrich von Treitschke oder James Ram davon überzeugt, dass Krieg ein quasi-natürlicher Bestandteil der staatlichen Entwicklung sei. Die Kriegsdenkmäler in den europäischen Hauptstädten – die Siegesssäule in Berlin, die Nelsonssäule auf dem Londoner Trafalgar Square, der Arc de Triomphe in Paris oder die Alexandersäule in St. Petersburg –, riefen jedem Passanten die eigene kriegerische Vergangenheit ins Gedächtnis. Krieg und Militär spielten in den Mythen und Symbolen europäischer Nationen eine wichtige Rolle und verschafften den Staaten damit Traditionen und Legitimität.[¶] So verwundert es wenig, dass Militär und Krieg auch in der Gesellschaft allgegenwärtig waren.

Die eigenartige Präsenz des Krieges in Europa speiste sich aber nicht nur aus Geschichtsbildern, sondern auch aus zeitgenössischen Mentalitäten und Ideologien. Neben dem Nationalismus und dem Imperialismus ist hier vor allem der Sozialdarwinismus zu nennen, der viel dazu beitrug, dass Staaten als Konkurrenten begriffen wurden. Er erhob Kampf und Macht zu den Leitlinien politischen Handelns, das auf nationale Expansion ausgerichtet sein müsse. Nur wenige Politiker hingen den radikalen Formen des Sozialdarwinismus an, dennoch waren *Kampf ums Überleben*, *lutte pour la vie* und *struggle for life* Schlagworte, die politisches Denken und Handeln beeinflussten. Vor allem die wirtschaftlichen Rivalitäten der Großmächte schienen sozialdarwinistische Annahmen zu bestätigen. In Großbritannien und Deutschland, weniger in Frankreich, ging man um 1900 davon aus, dass in Zukunft große Weltreiche entstehen würden. Man folgerte, dass allein Größe und Ressourcen der nationalen Einflussbereiche dafür entscheidend seien, welche Mächte das 20. Jahrhundert dominieren könnten.

Nationalismus, Imperialismus und Sozialdarwinismus führten zu einem Denken, das die internationale Politik zu einem Wettkampf der Staaten machte, in dem Ansehen,

¶ Vgl. Jörn Leonhard, *Bellizismus und Nation*, München 2008; James Sheehan, *Kontinent der Gewalt*, München 2008, S. 25–29.

Einfluss und Ehre sowie Raum und Ressourcen bestimmend waren. Als Folge betrieben die europäischen Großmächte eine selbstbezogene Prestige- und Machtpolitik, in der Krieg immer eine mögliche Option darstellte. Es gibt jedoch unterschiedliche Auffassungen darüber, ob die wichtigsten politischen Entscheidungsträger in Europa um 1913 einen Krieg erwarteten oder nicht.

Bedrohte Sicherheit

Der französische Präsident Raymond Poincaré war sich im Januar 1914 ganz sicher: „In zwei Jahren wird der Krieg stattfinden. All mein Trachten ist darauf gerichtet, um uns dafür zu wappnen.“ Hierin stimmte er mit seinem Generalstabschef überein, der gegenüber den verbündeten Briten verlauten ließ, „dass es für Frankreich besser sein würde, wenn der Konflikt nicht zu lange herausgeschoben würde“.[¶] Beide Äußerungen beruhten allerdings nicht auf der Sehnsucht nach einem alles entscheidenden Krieg, vielmehr entsprangen sie einem diffusen Bedrohungsgefühl, das in allen Entente- und Dreibundstaaten verbreitet war. Durch die Zweite Marokkokrise war eine Phase allgemeinen Wettrüstens in Gang gesetzt worden, in dessen Zuge vor allem Deutschland und Frankreich 1913 ihre Armeen vergrößerten. Die Großmächte bäugten sich argwöhnisch.

Ähnlich wie in Deutschland, das Österreich-Ungarn unterstützte, war es 1912/1913 in Frankreich Priorität der Politik, die Bündnispartner an sich zu binden. Frankreich schloss mit Russland zahlreiche Militärkonventionen, da man davon ausging, Deutschland nur in einem Zweifrontenkrieg schlagen zu können. Die Generäle versprachen mit ihrem seit 1913 entwickelten Aufmarschplan „XVII“ und der *offensive à outrance* im Kriegsfall militärischen Erfolg. Sie setzten die Politik unter erheblichen Druck, dem Zarenreich bei seinen Rüstungsbemühungen zur Seite zu stehen.[¶] In St. Petersburg

¶ Zit. nach: Klaus Hildebrand, „Staatskunst und Kriegshandwerk“, in: Hans Ehlert/Michael Epkenhans/Gerhard P. Groß (Hrsg.), *Der Schlieffenplan*, Paderborn u. a. 2007, S. 21–43, hier: S. 22 f.

¶ Vgl. Gerd Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg*, Wiesbaden 1980, S. 272 f.; Stefan Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914*, München 2009, S. 191–194.

fürchtete man um den eigenen Großmachtstatus und akzeptierte daher die Bedingung des Bündnispartners, für die gewährten Kredite die Eisenbahnlinien im deutsch-russischen Grenzgebiet auszubauen. Im Kriegsfall konnten so der russische Aufmarsch erheblich beschleunigt und Frankreichs Offensivpläne realisiert werden.

Auch in Berlin setzte man auf die Offensive, sollte es zum Krieg kommen. Ein 1905 von General Alfred von Schlieffen entwickelter und immer wieder modifizierter Plan sah mit einiger Kühnheit vor, Frankreich zu schlagen, bevor der russische Aufmarsch abgeschlossen sein würde. Dann sollten die Truppen nach Osten geworfen werden. Der Ausbau der russischen Eisenbahnen weckte nun in Deutschland erhebliche Befürchtungen. 1913 schrieb der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg: „Am schwersten hat mich der Einblick belastet, den mich die Militärs in unsere Stärkeverhältnisse haben tun lassen. Man muß schon einen guten Teil Gottvertrauen haben, und auf die russische Revolution als Bundesgenossen rechnen, wenn man einigermaßen gut schlafen will.“⁷ In dieser Situation kamen im deutschen Militär Forderungen nach einem Präventivkrieg auf, solange Deutschland seine Überlegenheit angesichts des europäischen Wetttrüstens noch nicht verloren hatte. Generalstabschef Helmuth von Moltke hielt Ende 1912 ähnlich wie der französische Stabschef „einen Krieg für unvermeidlich“ und forderte ihn rasch: „je eher, desto besser“.⁸

Die bewaffnete Macht verfügte vor allem in Deutschland, Frankreich und Österreich-Ungarn über ein großes Prestige. Sie wurde als Verkörperung der Nation gesehen, was den Einschätzungen der Armeeführung zusätzlichen Einfluss verlieh. Angesichts der krisenbehafteten Lage der internationalen Politik lässt sich bei allen Großmächten ein wachsender Einfluss des Militärs und des militärischen Denkens auf die Politik beobach-

ten. Auch wenn bis 1913 alle politischen Krisen ohne Krieg beigelegt werden konnten, mussten die politischen Entscheidungsträger zumindest damit rechnen, dass es zukünftig dazu kommen könnte. Man war sich einig, dass die absehbaren Folgen dieses Krieges katastrophal sein würden, weshalb vor 1914 keine Macht einen kalten Konflikt zu einem heißen werden ließ.⁷ „In einem zukünftigen Krieg, der ohne zwingenden Anlaß unternommen wird, steht nicht nur die Hohenzollernkrone, sondern auch die Zukunft Deutschlands auf dem Spiel“, fasste Bethmann Hollweg im November 1913 die möglichen Konsequenzen zusammen.⁸

Krieg war um 1913 zwar ein akzeptiertes Mittel der Politik, das aber keineswegs bedenkenlos ins Kalkül gezogen wurde (die Kolonien bildeten die große Ausnahme). Gleichwohl wollte man gewappnet sein. Allein das Militär, so schien es, könnte die nationale Sicherheit gewährleisten. Deshalb erhielten die Stimmen der Generäle mehr Gewicht, je verfahrenere die internationale Lage wahrgenommen wurde. Nicht alle Militärs drängten auf einen Krieg, einige forderten ihn aber vernehmbar ein. Im Krieg sahen sie einen Ausweg aus den europäischen Krisen und auch eine Lösung für gesellschaftliche Probleme.

Den Zeitgenossen war klar, dass der nächste Krieg nicht mehr als ein begrenzter Kabinettskrieg daherkommen würde. 1905 vermutete Moltke: „Es wird ein Volkskrieg werden, der nicht mit einer entscheidenden Schlacht abzumachen sein wird, sondern der ein langes mühevolleres Ringen mit einem Lande sein wird, das sich nicht eher überwunden geben wird, als bis seine ganze Volkskraft gebrochen ist, und der auch unser Volk, selbst wenn wir Sieger sein sollten, bis aufs äußerste erschöpfen wird.“⁹ Im selben Jahr verkündeten die Sozialdemokraten, dass sie bei einem Präventivkrieg des Reiches gegen Frankreich in den Massenstreik treten würden. Das war eine ernste Drohung, denn in einem langen Kon-

⁷ Zit. nach: Jost Dülffer, Kriegserwartung und Kriegsbild in Deutschland vor 1914, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg, München-Zürich 1994, S. 778–798, hier: S. 779.

⁸ Zit. nach: Stig Förster, Der Sinn des Krieges, in: Gerd Krumeich/Hartmut Lehmann (Hrsg.), „Gott mit uns“. Nation, Religion und Gewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Göttingen 2000, S. 193–211, hier: S. 201.

⁷ Vgl. Holger Afflerbach/David Stevenson (eds.), *An Improbable War?*, New York–Oxford 2007; Eric Hobsbawm, *Das imperiale Zeitalter 1875–1914*, Frankfurt/M. 2004, S. 381.

⁸ Zit. nach: Wolfgang J. Mommsen, *Der Topos vom unvermeidlichen Krieg*, in: Jost Dülffer/Karl Holl (Hrsg.), *Bereit zum Krieg*, Göttingen 1986, S. 194–224, hier: S. 208, Anm. 27.

⁹ Zit. nach: S. Förster (Anm. 6), S. 199.

flikt war die Mobilisierung der gesamten Bevölkerung und aller nationalen Ressourcen für den Kriegszweck vonnöten.¹⁰ Die verbreiteten Schlagworte vom *Volk in Waffen* und der *nation en armes* spiegeln diese Auffassung wider. In der Tat verfügten die Großmächte auf dem Kontinent im Kriegsfall über Millionenheere, große Teile der männlichen Bevölkerung absolvierten den Wehrdienst (in Deutschland 50 Prozent, im schwächer bevölkerten Frankreich 85 Prozent). Selbst in Großbritannien, das traditionell eine kleine Freiwilligenarmee unterhielt, verbreitete sich die Ansicht, man müsse zu einer *nation in arms* werden.¹¹

Militarismus und Pazifismus

Doch waren die Europäer überhaupt bereit, sich im Kriegsfall in einen entbehrungsreichen und langen Kampf zu werfen? Waren sie gar kriegsbegeistert? Auf den ersten Blick könnte man diesen Eindruck gewinnen: Der Sozialdarwinismus prägte das Denken breiter gesellschaftlicher Kreise, Krieg wurde als Lösung für soziale Missstände gesehen. Mit Sorge stellte die Sozialistische Internationale fest, dass Nationalismus und Militärbegeisterung auch in der Arbeiterschaft um sich griffen. Seit 1900 erschienen zahlreiche Bücher, die einen zukünftigen Krieg zum Thema hatten. Auch Künstler widmeten sich dem Krieg. Das Militär verfügte in den meisten europäischen Staaten über ein hohes Ansehen und diente als Vorbild für Jugendorganisationen. Staatliche Festakte kamen kaum ohne Militärparaden aus, Veteranenverbände hielten die Erinnerung an vergangene Kämpfe aufrecht. Gleichwohl lässt sich diese große Präsenz des Militärischen nicht einfach als Zustimmung zum Krieg werten.

Erstaunlich häufig nahmen die Kriegsromane jene Konstellationen vorweg, die 1914 Wirklichkeit wurden. In den britischen Romanen trafen vor allem Deutschland und Großbritannien aufeinander. Der bekannteste ist sicherlich „The Riddle of the Sands“

¹⁰ Vgl. Stig Förster, Sicherheitspolitik unter den Bedingungen des staatlichen Gewaltmonopols, 5.11.2012, http://portal.akmilitaergeschichte.de/foerster_sicherheitspolitik_gewaltmonopols (2.2.2013).

¹¹ Vgl. Jörn Leonhard, Nations in Arms and Imperial Defence, in: *Journal of Modern European History*, (2007) 5, S. 287–308. Zahlen nach J. Sheehan (Anm. 2), S. 35.

(1903) des irischen Schriftstellers Robert Erskine Childers. Zuweilen kam es zu publizistischen Auseinandersetzungen, etwa wenn deutsche Autoren auf den erfolgreichen französischen Band „La fin du empire allemand“ mit dem Buch „Die Errettung des Deutschen Reichs vom Untergang!“ (beide 1912) reagierten – natürlich mit einem ganz anderen Ausgang.¹² Wenn auch viele dieser Bände einen deutlich nationalistischen und militaristischen Unterton hatten, zeigten sie auch die Brutalität eines modernen Krieges und warnten teilweise vor dessen unkalkulierbaren Folgen. Der Kriegsverherrlichung der italienischen Futuristen („Futuristisches Manifest“, 1909) und anderer Künstlergruppen setzten Literaten oder Maler wie Ludwig Meidner bedrückende Kriegsszenarien entgegen („Die brennende Stadt“, 1913).

Militärische Traditionsvereine, die häufig in die lokale Festkultur integriert waren, erinnerten an militärische Werte und die kriegerische Geschichte. Veteranen genossen vor allem in Deutschland und Frankreich ein hohes Ansehen. Auch wenn sie vor einem Krieg warnten, weil sie seine Schrecken kennengelernt hatten, verbreiteten sie populäre Kriegserzählungen. Daneben existierten zwar zahlreiche unabhängige Jugendverbände, die sich vom militaristischen Gedankengut distanzieren. Doch auch sie waren bereit, die Nation zu verteidigen, sollte es zu einem Krieg kommen. In der Tat gehörten große Teile der europäischen Jugend paramilitärischen Verbänden an. Der 1911 gegründete Jungdeutschlandbund erfreute sich der tatkräftigen Unterstützung der Armee. Er gab die „Jungdeutschland-Post“ heraus, in der es 1913 hieß: „Still und tief im deutschen Herzen muß die Freude am Krieg und ein Sehnen nach ihm leben, weil wir der Feinde genug haben.“¹³ Auch in Frankreich erfreuten sich die *sociétés de préparation militaire* staatlichen Beistands. Beide Staaten banden die Jugendorganisationen um 1910 bei offiziellen

¹² Vgl. J. Dülffer (Anm. 5), S. 788f. Für eine Bibliographie dieser Literatur vgl. Ignatius F. Clarke, *Voices Prophesying War 1763–1984*, London u.a. 1966.

¹³ Zit. nach: Andreas Gestrinch, „Leicht trennt sich nur die Jugend vom Leben“ – Jugendliche im Ersten Weltkrieg, in: Rolf Spilker/Bernd Ulrich (Hrsg.), *Der Tod als Maschinist*, Bramsche 1998, S. 32–45, hier: S. 35.

Festakten verstärkt ein.¹⁴ In Großbritannien gab es in *public schools* und Universitäten ein militärisches Training, das auch bei den 1908 vom britischen General Robert Baden-Powell gegründeten *boy scouts* eine Rolle spielte.

Solche Entwicklungen riefen Kritik hervor. 1913 wurde in Den Haag der „Friedenspalast“ eingeweiht, in dem das auf den Haager Friedenskonferenzen ins Leben gerufene Schiedsgericht zur friedlichen Beilegung internationaler Konflikte seinen Sitz nahm. Die Konferenzen hatten 1899 und 1907 stattgefunden und waren von Ideen der Friedensbewegungen inspiriert worden. Norman Angell, Jan Bloch, Ludwig Quidde, Charles Richet und Bertha von Suttner bildeten die publizistische Speerspitze des Pazifismus. Sie widersprachen der Ansicht von Militaristen wie Friedrich von Bernhardi und Gustave Le Bon, der Krieg sei ein natürliches Phänomen und wirke sich positiv auf die Entwicklung der Menschen aus. Die Pazifisten betonten vielmehr seine fatalen Auswirkungen. Der britische Historiker George P. Gooch schlussfolgerte, ihre Schriften hätten gezeigt, dass ein Krieg keinen materiellen Gewinn brächte. „We can now look forward with something like confidence to the time when war between civilised nations will be considered as antiquated as the duel, and when the peacemakers shall be called the children of God.“¹⁵ Die internationale Lage ließ jedoch auch gegenteilige Schlüsse zu.

Kriegspropaganda vor dem Krieg?

In den militärischen Planungen aller Großmächte wurde betont, dass der Krieg von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung unterstützt werden müsse – anders wäre ein moderner Volkskrieg nicht zu gewinnen. Versuchten also die europäischen Staaten schon frühzeitig, die öffentliche Meinung in diesem Sinne zu beeinflussen? Letztlich waren die Regierungen immer um eine diplomatische Beilegung der internationalen Krisen bemüht. Sie bereiteten keinen Präventivkrieg vor und stachelten vor 1914 auch nicht gezielt die Kriegslust in der Öffentlichkeit an. Kein

Staat verfügte über einen Behördenapparat, der es erlaubt hätte, eine durchschlagende Propaganda ins Werk zu setzen. Als der Krieg ausgebrochen war, musste beispielsweise die britische Regierung eng mit dem Presseimperium des Lord Northcliffe zusammenarbeiten, um Meinungspolitik machen zu können. Das war anderswo ähnlich. In Deutschland wurden erst 1916 die Grundlagen für eine effiziente Propagandaarbeit geschaffen. Dennoch waren die Entscheidungsträger bemüht, die „öffentliche Meinung“ zu beeinflussen. In Europa hatten sich politische Öffentlichkeiten herausgebildet, gegen die nur schwerlich Politik betrieben werden konnte. Vor allem bei der enorm kostenintensiven Rüstung, für die in Deutschland, Frankreich und Großbritannien immer die Zustimmung der Parlamente erforderlich war, kam es zur „Mobilisierung der öffentlichen Meinung“. In Deutschland wurde bereits um 1900 das Flottenbauprogramm mit vonseiten des Staates lancierten Presseartikeln und Vereinsgründungen populär gemacht.¹⁶

Die französische Regierung versuchte, für die großen Armeerüstungen von 1913 die Unterstützung breiter Bevölkerungsteile zu gewinnen, indem sie die Angst vor einem deutschen Überraschungsangriff, einer *attaque brusquée* schürte. Da diese Kampagne in Wahrheit hauptsächlich innenpolitische Motive hatte – sie sollte die Exekutive stärken und richtete sich gegen die Linke – trug sie eher zur gesellschaftlichen Spaltung als zur Versammlung der Öffentlichkeit hinter der Rüstungspolitik der Regierung bei. Zudem verschärfte sie den ohnehin erstarkenden Nationalismus und kräftigte die rechtsnationalen Verbände wie die *Ligue d'Action française*.¹⁷ In Deutschland hatten sich solche Verbände schon früher als gefährlich erwiesen. Sie forderten eine nationale Politik und agitierten offen für den Krieg, zur Not auch gegen die Reichsleitung. Daher war Kanzler Bethmann Hollweg äußerst zurückhaltend, 1913 eine Kampagne für die Aufrüstung zu entfesseln.¹⁸ Gleichwohl war der Geist aus der Flasche. Im Zuge der Rüstungsdebatte gründete sich der Deutsche Wehrverein, der zusammen mit dem Alldeutschen

¹⁴ Vgl. Jakob Vogel, *Nationen im Gleichschritt*, Göttingen 1997, S. 138.

¹⁵ George P. Gooch, *History of Our Time. 1885–1911*, New York–London 1911, S. 247f.

¹⁶ Vgl. Volker R. Berghahn/Wilhelm Deist, *Rüstung im Zeichen der wilhelminischen Weltpolitik*, Düsseldorf 1988, S. 191 ff.

¹⁷ Vgl. G. Krumeich (Anm. 4), S. 54–72, S. 274 f.

¹⁸ Vgl. W. J. Mommsen (Anm. 8).

Verband oder dem Flottenverein (mit 1,1 Millionen Mitgliedern) und Teilen der Presse ins nationalistische Horn blies. In Großbritannien propagierten Navy League und National Service League (zusammen 300 000 Mitglieder) weitere Rüstungsanstrengungen und sorgten dafür, dass das Militär an Ansehen gewann. Waren manche dieser Verbände mit Billigung der Regierungen entstanden, wurde die Politik durch deren Agitation nun erheblich unter Druck gesetzt. Indem die nationalistischen Vereinigungen immer wieder die Notwendigkeit eines Krieges betonten, wollten sie die Kriegsbereitschaft erhöhen. Gegen eine solche bellizistische Stimmungsmache bezog vor allem die sozialistische und liberale Presse deutlich Position.

Kriegsbilder, Kriegserwartungen und Militarismus waren schlussendlich nicht allein durch gezielte Propaganda „von oben“ entstanden. Sie wurden stattdessen in einer von Staat und Gesellschaft geprägten Öffentlichkeit verhandelt und basierten auf einem weit verbreiteten Gedankengut, das durch die Tätigkeit von Vereinen, bei Paraden oder in der Literatur besonders präsent war.¹⁹ 1913 waren die europäischen Gesellschaften militarisiertere Gesellschaften. Die Alltäglichkeit des Militärischen zeugt von einer gewissen Akzeptanz soldatischer Werte und Normen, mochten diese auch von der Friedensbewegung und den Pazifisten kritisiert werden.

Europa 1913: Bedingt kriegsbereit

Die weite Verbreitung militärischer Werte engte den Handlungsspielraum zunehmend ein. Die Großmächte betrieben eine Politik der nationalen Stärke und begriffen das internationale System zunehmend als Konfliktfeld der Bündnissysteme. Die Deutungshoheit der Militärs war gefährlich, denn manche Politiker fühlten sich dazu gedrängt, ihr Handeln auf die Lösungsvorschläge der Generäle auszurichten. Diese rieten vor allem zur Aufrüstung und zur Stärkung der Kriegsbereitschaft, in Deutschland sogar zu einem Präventivkrieg. Doch ein mutwillig vom Zaun

¹⁹ Vgl. zu diesem erweiterten Propagandabegriff und den Folgen der Mobilisierung: Christoph Nübel, Die Mobilisierung der Kriegsgesellschaft. Propaganda und Alltag im Ersten Weltkrieg in Münster, Münster u. a. 2008.

gebrochener Angriffskrieg hätte kaum dazu geführt, dass die Bevölkerung „einmütig und begeistert“ in den Kampf gegangen wäre, wie von den Militärs erhofft und für nötig befunden. Vielmehr hätte er mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Protestwelle hervorgerufen, womit die Mobilisierung für den erwarteten Volkskrieg erschwert worden wäre. Allein das Gefühl, einen Verteidigungskrieg zu führen, konnte gewährleisten, dass viele Europäer bereitwillig in den Krieg zogen.

Dass ein Krieg der Großmächte hohe Opfer fordern würde, hatte der jüngste Balkankrieg gezeigt. 1913 kam eine Untersuchungskommission zu dem Urteil, dieser sei deshalb so verheerend gewesen, weil der Krieg „nicht nur von den Armeen, sondern von den Völkern selbst geführt“ worden sei.²⁰ Das ständige Gerede vom Krieg mochte die Kriegserwartungen in Teilen von Politik und Gesellschaft erhöht haben. Es setzte jedoch keinen Automatismus in Gang, der die Mächte auf den großen Krieg zusteuern ließ. Schließlich war es bislang immer gut gegangen. Unter diesem Eindruck stellte der Kanzlerberater Kurt Riezler 1913 sogar die Theorie auf, dass es in der europäischen Diplomatie eine große Hemmschwelle gebe, einen Krieg zu riskieren. Dies müsse man kaltblütig ausnutzen. Eine solche kalkulierte Sorglosigkeit gepaart mit dem Eindruck, das Dilemma der unsicheren internationalen Politik sei unlösbar, führte zu einem leichtfertigen Umgang mit Krisen und Kriegsgefahren.

1913 endete, wie es begonnen hatte: Mit einer Krise. Diesmal gerieten Deutschland und Russland aneinander. Im Grunde ging es um wenig: Durfte das Reich einen Militärberater, Otto Liman von Sanders, nach Konstantinopel senden, um dort eine Armee reform zu organisieren? Russland sah seinen Zugang zum Mittelmeer in Gefahr und reagierte so harsch, dass Krieg in der Luft lag. Wieder ging es um Allianzen, Macht und Prestige. In diesem Fall hatte eine Personalfrage ausgereicht, um Europa an den Rand eines Krieges zu bringen. Auch wenn Deutschland und Russland den Konflikt letztlich mit Kompromissen beilegen konnten, waren ihre diplomatischen Beziehungen am Nullpunkt angelangt. Ein Krieg blieb weiterhin denkbar. Das war kein gutes Omen für 1914.

²⁰ Zit. nach: J. Sheehan (Anm. 2), S. 84.

Robert W. Cherny

Die Vereinigten Staaten vor 1914

Die Gedanken der Amerikaner, die am Neujahrstag 1913 das zurückliegende Jahr Revue passieren ließen, wanderten wahrscheinlich zum Unter-

Robert W. Cherny

Dr. phil., geb. 1943; Professor em. für Geschichte an der San Francisco State University; Senior Fulbright Scholar an der Universität Heidelberg; Department of History, San Francisco State University, San Francisco CA 94132, USA. cherny@sfsu.edu

gang der „Titanic“ im April. Vielleicht spielten sie in der Erinnerung auch die *World Series* nach, das Finale der Baseball-Profiliga, in dem die Boston Red Sox nur knapp gegen die New York Giants gewannen. Verfechter des Frauenwahlrechts freuten sich mit Sicher-

heit über dessen Einführung in drei weiteren Bundesstaaten – nun durften Frauen in insgesamt neun Bundesstaaten, allesamt im Westen des Landes, wählen. Die meisten aber dachten gewiss an die Präsidentschaftswahlen im November und die anstehende Amtseinführung Woodrow Wilsons, des ersten Präsidenten der Demokratischen Partei seit 1892.¹

Bei den Wahlen am 5. November 1912 hatten die US-Bürger eine ungewöhnliche Auswahl gehabt: Der bisherige Amtsinhaber William Howard Taft war von den Republikanern auf einem von erbittertem Streit geprägten Parteitag nominiert worden. Enttäuscht und verärgert hatten daraufhin die Unterstützer Theodore Roosevelts – von 1901 bis 1909 republikanischer Präsident des Landes – die Progressive Party gegründet und ihn als ihren Kandidaten gekürt. Die Demokraten, über diese Spaltung der Republikaner hoch erfreut, hatten gleichwohl 46 Wahlgänge benötigt, um ihren Kandidaten Woodrow Wilson, den Gouverneur von New Jersey, zu nominieren.² Die Wahlen hatten eine Reihe von Themen auf die politische Agenda gebracht, die seit Jahrzehnten gärten. Eine einzige Generation durchlebte in dieser Zeit den Übergang einer größtenteils ländlichen und landwirtschaftlich geprägten Nation hin zu

einer zunehmend urbanen und industriellen. Riesige Unternehmen dominierten nun ganze Industriezweige. New York City wurde hinter London die zweitgrößte Stadt der Welt, und ihre Slums waren ebenso berüchtigt wie jene der englischen Metropole. Die Schrecken eines Lebens in der Arbeiterklasse Chicagos erfuhr die Welt 1906 durch Upton Sinclairs Roman „Der Dschungel“. Die USA waren mit Abstand der größte Stahlproduzent der Welt; und Stahl war der zentrale Rohstoff fast aller Transport- und Industrieinfrastruktur – ebenso für Kriegsschiffe, von denen die USA mit 21 zwar mehr als Deutschland, doch weniger als Großbritannien besaßen.

Zugleich stellte die wachsende ethnische Vielfalt eine Herausforderung dar. 1910 waren 53,8 Prozent der US-Einwohner Weiße, die – ebenso wie ihre Eltern – in den USA geboren waren (der bis dahin niedrigste Prozentsatz dieser Bevölkerungsgruppe); 35 Prozent waren ausländische Weiße oder stammten von ausländischen weißen Eltern ab. Von den europäischen Immigranten und ihren Kindern stammten 27 Prozent aus Deutschland, 19 Prozent aus Großbritannien oder Kanada, 14 Prozent aus Irland, 9 Prozent aus Russland, je 8 Prozent aus Skandinavien und Österreich-Ungarn sowie 7 Prozent aus Italien. Erst in jüngster Zeit trafen vermehrt Immigranten aus Süd- und Osteuropa ein. Elf Prozent der US-Einwohner waren Afroamerikaner – die meisten von ihnen lebten im Süden, wo die Beziehungen zwischen der schwarzen und der weißen Bevölkerung einen Tiefpunkt erreicht hatten.³ Im Jahr 1912 wurden 61 Afroamerikaner gelyncht. Drohendes Elend in den Städten, habgierige Unternehmen, ethnische Vielfalt und Rassenspannungen sowie Kriegsschiffe – all dies bestimmte also das politische Gefüge vor den Präsidentschaftswahlen von 1912.

Übersetzung aus dem Englischen: Kirsten E. Lehmann, Köln.

¹ Für einen Überblick über die USA zu dieser Zeit vgl. John M. Cooper Jr., *Pivotal Decades: The United States 1900–1920*, New York 1990.

² Zu den Wahlen von 1912 vgl. Lewis Gould, *Four Hats in the Ring: The Election and the Birth of Modern America*, Lawrence, KS 2008.

³ Weniger als 0,4 Prozent waren indianisch oder asiatisch. Vgl. US Bureau of the Census, *Thirteenth Census ... Taken in the Year 1910*. Vol. 1, Population, Washington, DC 1913, S. 125, S. 877.

Roosevelts erste Präsidentschaft

Theodore Roosevelt, der aus einer wohlhabenden Familie stammte, in Harvard studiert und sich schon früh als erfolgreicher Autor etabliert hatte (allein bis 1900 schrieb er 19 Bücher), war der charismatischste der Kandidaten. 1901 war er schon einmal Präsident geworden, nachdem Präsident William McKinley nur sechs Monate nach Beginn seiner zweiten Amtszeit einem Attentat zum Opfer gefallen war. McKinley hatte sich in seiner ersten Amtszeit auf einen kurzen, erfolgreichen Krieg gegen Spanien konzentriert, der den Vereinigten Staaten ein Reich bescherte, das sich von Puerto Rico in der Karibik bis zu den Philippinen im westlichen Pazifik erstreckte. Mit den Philippinen waren die USA zu einem mächtigen Akteur im ostasiatischen Mächtespiel geworden, und McKinleys Regierung hatte diese neue Rolle zügig gesichert – zunächst durch eine „Politik der offenen Tür“ (Open Door Notes 1899 und 1900) und dann durch die Beteiligung am internationalen Militäreinsatz zur Niederschlagung des Boxeraufstands in China (1900). Die weltpolitische Rolle der USA hatte sich somit zwischen 1898 und Mitte 1900 dramatisch verändert.¹

Bei einigen dieser Entwicklungen hatte Roosevelt eine zentrale Rolle gespielt. Zwei Monate vor Beginn des spanisch-amerikanischen Kriegs hatte er als stellvertretender Marineminister den Kommandeur des US-Asiengeschwaders Commodore George Dewey angewiesen, im Fall eines Kriegs gegen Spanien nach Manila vorzudringen und die spanische Flotte zu vernichten. Der Krieg kam und Dewey folgte dem Befehl – und erhob damit den US-Anspruch auf die Philippinen. Inzwischen hatte Roosevelt sein Amt in der Marine niedergelegt und ein Kavallerieregiment aus Freiwilligen gebildet, um auf Kuba zu kämpfen. Sämtliche Schlagzeilen galten ihm, nachdem er einen Vorstoß bis zu den San Juan Heights angeführt hatte; von dort aus konnte man in den Hafen von Santiago blicken, in dem die spanische Flotte festsaß. Die Presse nannte Roosevelt den „Held der Schlacht von San Juan Hill“.

¹ Zu Roosevelt vgl. Lewis Gould, *The Presidency of Theodore Roosevelt*, Lawrence, KS 2001²; Kathleen Dalton, *Theodore Roosevelt: A Strenuous Life*, New York 2002.

1898 wurde er zum Gouverneur von New York gewählt, zwei Jahre später zum Vizepräsidenten.

Karikaturisten begeisterte Roosevelt mit seinem Kneifer, struppigem Schnurrbart und einem viel Zahn zeigenden Grinsen; die amerikanische Öffentlichkeit durch seine kühne Politik. Die Präsidentschaft betrachtete er als eine „erstklassige Plattform“ (*bully pulpit*) und reiste oft zu Vorträgen durchs Land. Kurz nachdem er das Amt übernommen hatte, forderte er J.P. Morgan, den mächtigsten Bankier des Landes, und andere Industriemagnaten heraus, indem er den Generalstaatsanwalt anwies, eine Eisenbahnfusion zu blockieren, da sie gegen den Sherman Antitrust Act verstieß.² Wenige Monate später bezwang er Morgan bei einem Bergarbeiterstreik, und 1903 drängte Roosevelt den Kongress dazu, das Eisenbahnwesen zu regulieren. Nachdem er 1904 mit großer Mehrheit wiedergewählt worden war, setzte Roosevelt seine Bemühungen zur Kontrolle der Großunternehmen fort. Insbesondere drei Gesetze aus dem Jahr 1906 weiteten die Regulierung durch die Bundesbehörden wesentlich aus: Der Hepburn Act regelte die Eisenbahngebühren, der Pure Food and Drug Act betraf die Nahrungs- und Arzneimittel und der Meat Inspection Act die Fleischverarbeitung. Zudem nutzte Roosevelt wiederholt seine Exekutivvollmachten zum Schutz natürlicher Ressourcen sowie der Landschaft und der Tierwelt.

Gleichermaßen kühn dehnte Roosevelt in internationalen Angelegenheiten die Macht der USA in der Karibik sowie in Ostasien aus. Sein konsequentestes – und umstrittenstes – Projekt wurde der Panamakanal: Zunächst versuchte er, mit Kolumbien einen Vertrag zu schließen, doch die Verhandlungen wurden abgebrochen. Kurze Zeit später startete Philippe-Jean Bunau-Varilla, der Aktionär einer bankrotten französischen Baufirma, die bereits Jahre zuvor mit einem Kanalbauprojekt gescheitert war, eine Revolution, um Panama von Kolumbien zu lösen. Die US Navy hinderte kolumbianische Truppen daran, nach Panama einzumarschieren und trug so zum Erfolg des Unternehmens bei. Bunau-Varilla

² Der Act war 1890 verabschiedet worden, um Monopolbildungen zu unterbinden, wurde aber seit einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs kaum noch angewendet.

kam als Panamas Gesandter in die USA und handelte rasch einen Vertrag aus, der es den Amerikanern gestattete, den Kanal zu bauen und zu kontrollieren. Roosevelt selbst betrachtete dies als wichtigsten Erfolg seiner Amtszeit – auch wenn die „New York Times“ den Kanal als „schäbiges Unternehmen“ bezeichnete.[¶] Er wurde im August 1914 eröffnet.

Zugleich versuchte Roosevelt, die Vorherrschaft in der Karibik zu erlangen, um Bedrohungen des Kanals durch andere Nationen auszuschließen. So etablierte er auf Kuba, das von McKinley zu einem US-Protectorat gemacht worden war, einen Marinestützpunkt. Panama wurde zum zweiten Protectorat. 1904 verkündete Roosevelt als Ergänzung zur Monroe-Doktrin,[¶] was unter dem Namen „Roosevelt-Corollary“ bekannt wurde: Darin unterschied er zwischen den stabilen Nationen Lateinamerikas, welche die USA von nun an auf der Basis „vollkommener Gleichheit“ zu behandeln trachteten, und denjenigen Nationen, die „chronisches Fehlverhalten“ oder ein „Unvermögen“ an den Tag legten, was „die Intervention einer zivilisierten Nation“ erforderte. Für diese, so führte er weiter aus, könnten einzig die USA gewährleisten, was immer an „internationaler Polizeigewalt“ notwendig wäre.[¶] Als Roosevelt 1909 aus dem Amt schied, war die Karibik zu einem „US-amerikanischen See“ geworden.

Als Japan 1905 in den Krieg mit Russland eintrat, bot sich Roosevelt als Vermittler an; für seine Bemühungen erhielt er im Jahr darauf den Friedensnobelpreis. Auf der Friedenskonferenz suchte er die Gebietszugehörigkeiten an Japan zu begrenzen, um so die bestehende Machtbalance im ostasiatischen Raum aufrechtzuerhalten. Roosevelt zitierte mehrfach, was er für ein afrikanisches Sprichwort hielt: „Speak softly and carry a big stick“; so umschrieb er seine außenpolitische Strategie, Diplomatie mit der Fähigkeit zu verbinden, Macht anzuwenden. Wäh-

rend seiner Amtszeit wurde die US-Flotte um zwölf Kriegsschiffe erweitert. Als die japanische Presse 1907 den USA mit militanter Rhetorik entgegentrat, sandte Roosevelt die amerikanische Flotte in weißem Anstrich um die Welt, um so ihre friedliche Absicht zu demonstrieren – zugleich aber auch Amerikas Fähigkeit, seine Marine weltweit zum Einsatz zu bringen.

Republikaner zwischen konservativem und progressivem Flügel

Als Roosevelts zweite Amtszeit zu Ende ging, unterstützte er William Howard Taft als seinen Nachfolger und begab sich anschließend auf Großwildjagd nach Afrika. Taft, der Sohn einer prominenten republikanischen Familie in Ohio, hatte sein Studium an der Yale University mit Auszeichnung beendet und diente unter der Harrison-Regierung, bevor er Bundesrichter wurde. McKinley ernannte ihn 1900 zum ersten Gouverneur der Philippinen, unter Roosevelt wurde er 1904 zum Kriegsminister. 1908 wurde Taft zum Präsidenten gewählt. In der noch immer zwischen konservativem und progressivem Flügel zerrissenen Republikanischen Partei fand er sich mehr und mehr im konservativen Lager wieder; Roosevelt indes fand bei der Rückkehr von seinen Reisen die Progressiven in Unordnung vor.[¶]

Im Februar 1912 kündigte Roosevelt an, bei der Präsidentschaftsnominierung der Republikaner gegen Taft anzutreten. Von den zwölf Staaten, in denen die Delegierten des Parteitags durch direkte Vorwahlen bestimmt wurden, gewann Roosevelt neun, Taft nur einen. Doch Taft kontrollierte den Parteiapparat, und andere Staaten wählten meist seine Anhänger zu Parteitagsdelegierten. Er wurde im ersten Wahlgang erneut nominiert – mit einem Programm, das sich gegen „besondere Privilegien und Monopole“ wendete, weiterhin Schutzzölle befürwortete und sich für neue Marineschiffe aussprach, ansonsten aber nicht mehr zu globalen Fragen enthielt.[¶]

¶ A Truly Fateful Occasion, in: The New York Times vom 17.12.1903, S. 8.

¶ 1823 hatte Präsident James Monroe die europäischen Nationen vor weiteren kolonialen Ambitionen und Vorstößen in der westlichen Hemisphäre gewarnt.

¶ Roosevelts Botschaft an den Kongress vom 6.12.1904, in: Complete Speeches and Addresses of Theodore Roosevelt, www.theodore-roosevelt.com/trspeechescomplete.html (6.2.2013).

¶ Vgl. Lewis Gould, *The William Howard Taft Presidency*, Lawrence, KS 2009.

¶¹⁰ Vgl. Programm der Republikanischen Partei vom 18.6.1912, in: *The American Presidency Project*, www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=29633 (6.2.2013).

Roosevelts Anhänger beschuldigten Taft, er habe die Nominierung erschwindelt und gründeten die Progressive Party. Jane Addams unterstützte Roosevelts Nominierung; sie war die erste Frau, der eine so prominente Rolle bei einem Parteitag zuteil wurde, und wohl die bekannteste Frau Amerikas – zu einer Zeit, als Frauen und Frauenorganisationen sich immer häufiger in öffentlichen Angelegenheiten zu Wort meldeten. Als Tochter einer reichen Familie aus Illinois hatte sie eine Zeit lang das Leben einer wohlhabenden jungen Frau geführt; doch inspiriert durch idealistische Universitätsabsolventen in London – die in der Toynbee Hall, dem ersten *settlement house*, Nachbarschaftshilfe in Londons Armenvierteln leisteten – gründete sie 1889 zusammen mit ihrer Kommilitonin Ellen Gates Starr in einem Arbeiter- und Immigrantenviertel in Chicago das Hull House. Dort lebten sie zusammen mit wechselnden Unterstützern, meist jungen, idealistischen Collegeabsolventinnen, und boten verschiedene Dienste wie Kinderbetreuung oder Bildungsprogramme für Erwachsene an. Vom Gesetzgeber forderten die Hull-House-Aktivistinnen Gesundheits- und Sicherheitsregeln für Arbeiter, die Abschaffung der Kinderarbeit sowie weitere Reformen. Die Nachbarschaftszentren verbreiteten sich, und der Name Jane Addams wurde in der Folge zum Synonym einer Bewegung für soziale Reformen. Ein Historiker bezeichnete die *settlement houses* gar als „Speer Spitze für Reformen“.¹¹

Addams sah die neue Progressive Party als Teil einer weltweiten Bewegung für soziale Gerechtigkeit. Unter der Überschrift „Soziale und industrielle Gerechtigkeit“ verfassten sie und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter einen Abschnitt des Parteiprogramms, in dem sie – teilweise unter Berufung auf europäische Modelle – eine Sozialversicherung „gegen die Risiken durch Krankheit, Gelegenheitsarbeiten und Alter“ propagierten. Das Programm forderte zudem Sicherheits- und Gesundheitsstandards in der Industrie, das Verbot von Kinderarbeit, Mindestlöhne für Frauen, eine Sechstageswoche, Gewerkschaften, das Frauenwahlrecht, eine staatliche Gesundheitsfürsorge, Einkommen- und

¹¹ Allan Davis, *Spearheads for Reform. The Social Settlements and the Progressive Movement*, New Brunswick 1984². Vgl. auch Victoria Bissell Brown, *The Education of Jane Addams*. Philadelphia 2007.

Erbschaftsteuern sowie „strenge bundesweite Regeln für in mehreren Staaten tätige Unternehmen“.

Zu globalen Fragen sagte das Parteiprogramm der Progressiven indes kaum etwas, abgesehen von der Klage über „das Fortbestehen der barbarischen Kriegsführung zwischen Ländern in unserer Zivilisation – mit einer enormen Verschwendung von Ressourcen selbst in Friedenszeiten und der daraus resultierenden Verelendung der arbeitenden Massen“. Während das Programm „gerichtliche und andere friedliche Mittel zur Lösung internationaler Differenzen“ propagierte und „internationale Abkommen zur Begrenzung von Marinestreitkräften“ befürwortete, offenbarte es zugleich Roosevelts Einfluss, indem es den Bau von jährlich zwei weiteren Kriegsschiffen zusicherte.¹² Addams gab zu, sich „schwer damit (zu tun), diese zwei Kriegsschiffe zu schlucken“.¹³ Auch war sie enttäuscht darüber, dass die Progressiven sich nicht dazu verpflichteten, die Rechte der Afroamerikaner zu schützen.

Wilson's Weg zur Präsidentschaft

So wie sich die Republikaner unter Taft in einen konservativen und einen progressiven Flügel gespalten hatten, standen auch die Demokraten vor Zerreißproben. Eine ihrer Hochburgen lag im Süden; dort stand die Partei für die Vorherrschaft der Weißen. Immigrantengruppen, die moralische Reformen wie etwa ein Verbot alkoholischer Getränke ablehnten, bildeten eine weitere Basis. Zudem stützten sich die Demokraten auf die politischen Apparate in den Großstädten des Nordens, deren Macht aus ihrer Unterstützung in armen Arbeiter- und Immigrantenvierteln resultierte. Im Westen umfasste die Demokratische Partei auch Reste der Populisten-Bewegung der 1890er Jahre. So sehr die Hoffnung auf einen Sieg sie einte, so zerrissen waren die Parteitag delegierten zwischen verschiedenen Kandidaten, von denen keiner eine Mehrheit, geschweige denn die erforder-

¹² Programm der Progressiven Partei vom 5. November 1912, in: *The American Presidency Project*, www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=29617 (6.2.2013).

¹³ Jane Addams, *My Experiences as a Progressive Delegate*, in: *McClure's Magazine*, (1912) 40, S. 12.

liche Zweidrittelmehrheit hinter sich hatte. Als die New Yorker Delegation für Champ Clark aus Missouri stimmte, veranlasste dies den dreifachen Präsidentschaftskandidaten und wohl populärsten Demokraten bei Lokalpolitikern, William Jennings Bryan, zu einem wahlentscheidenden Entschluss – nämlich dazu, Woodrow Wilson zu unterstützen, da er meinte, die New Yorker Delegation werde von der Wall Street kontrolliert.

Bryan verfasste zu großen Teilen das Parteiprogramm, das die Zerschlagung der Monopole und anderer Großunternehmen forderte, das Recht der Arbeiter auf Gewerkschaftsbildung unterstützte und für die Unabhängigkeit der Philippinen eintrat. Mit all diesen Themen war Bryan vertraut; bereits als demokratischer Präsidentschaftskandidat in den Jahren 1896, 1900 und 1908 hatte er sich als Verfechter strenger wirtschaftlicher Regulierung durch Bundesgesetze zugunsten der Farmer und Arbeiter sowie als Gegner imperialistischer Ambitionen hervorgetan.¹⁴

Woodrow Wilson, der demokratische Präsidentschaftskandidat, war dagegen erst spät in die Politik eingetreten. Im Süden geboren und aufgewachsen, war er geprägt von Erinnerungen an den Bürgerkrieg und die anschließende *Reconstruction*. Er hatte ein Studium an der Princeton University absolviert, anschließend an der Johns Hopkins Universität in Baltimore promoviert und war 1902 Präsident der Fakultät in Princeton geworden. Seine Schriften und öffentlichen Vorträge waren konservativ geprägt, was die demokratischen Bosse alter Schule in New Jersey dazu veranlasste, ihn 1910 als Gouverneur zu nominieren. Einmal im Amt, überraschte er sie indes mit progressiven Reformen.¹⁵

Im Wahlkampf des Jahres 1912 erhielten Wilson und Roosevelt die größte Aufmerksamkeit. Beide kritisierten die Monopole und die mächtigen Wirtschaftsinteressen; Roosevelt befürwortete Regulierung, während Wilson die Monopole zerschlagen und den Wettbewerb wieder herstellen wollte. Eugene Debs, der Kandidat der Sozialisten, machte

sich für die Verstaatlichung großer Unternehmen und für einen Schutz der Arbeiter stark. Taft führte einen glanzlosen Wahlkampf. Die Weltpolitik spielte bei keinem Kandidaten eine große Rolle. W.E.B. Du Bois, ein prominenter Afroamerikaner, unterstützte aus Enttäuschung über Roosevelt und Taft den Demokraten Wilson, einige weitere afroamerikanische Politiker folgten ihm darin. In Milwaukee wurde Roosevelt angeschossen; sein Brillenetui und ein zusammengefaltetes Redemanuskript dämpften den Schuss jedoch ab, und so verwundete die Kugel nur eine Rippe. Am Wahltag erhielt Wilson beinahe alle erwarteten demokratischen Stimmen, 42 Prozent der gesamten Wählerstimmen. Roosevelt und Taft teilten sich den erwarteten Stimmenanteil der Republikaner, Roosevelt erhielt 27, Taft 23 Prozent. Debs erhielt sechs Prozent.

1913

Wilsons Regierungsbildung verfolgten die Amerikaner mit großem Interesse; Ablenkung bot Mitte Februar 1913 jedoch eine Kunstausstellung in der National Guard Armory in New York. Die sogenannte Armory Show präsentierte moderne Werke europäischer Maler, darunter Picasso, Matisse, Duchamp und Kandinsky. Die meisten Kritiker und Rezensenten sahen die Künstler als geisteskrank oder anarchistisch an; einer von ihnen verglich ein kubistisches Gemälde gar mit der „Explosion in einer Schindelfabrik“.¹⁶

Bryan wurde Wilsons Außenminister; beide waren außenpolitisch eher unerfahren. So konzentrierte sich der Präsident 1913 vor allem auf innenpolitische Fragen. Der Kongress verfügte die erste Einkommensteuer seit 1894 und senkte die Zolltarife beträchtlich. Bei der Entwicklung der Notenbank, des Federal Reserve Systems, arbeiteten Wilson und Bryan eng mit dem Kongress zusammen. Die Enttäuschung und den Ärger von Du Bois und anderen Führern der Afroamerikaner zog die Regierung auf sich, als viele ihrer Bevollmächtigten vor allem im Süden begannen, in Bundeseinrichtungen die Rassenrennung einzuführen und Afroamerikaner auch in anderer Weise zu diskriminieren.

¹⁴ Vgl. Robert W. Cherny, *A Righteous Cause. The Life of William Jennings Bryan*, Boston 1985.

¹⁵ Vgl. Kendrick Clements, *The Presidency of Woodrow Wilson*, Lawrence, KS 1992; John Milton Cooper Jr., *Woodrow Wilson. A Biography*, New York 2009.

¹⁶ Zit. nach: Milton W. Brown, *The Story of the Armory Show*, New York 1988.

Eine wesentliche Ablenkung von innenpolitischen Angelegenheiten kam 1913 vonseiten Mexikos. Im Februar stürzten konservative Kräfte und Armeeeoffiziere den reformorientierten Präsidenten Francisco Madero und richteten ihn hin. Wilson verweigerte dem neuen, als undemokratisch angesehenen Regime die diplomatische Anerkennung und erklärte: „I am going to teach the South American republics to elect good men.“

Mit seinem Amtsantritt als Außenminister hatte Bryan allerdings angedeutet, dass er Konflikte mit anderen Ländern nicht kriegerisch, sondern durch Vereinbarungen beilegen wolle. Bryan und Wilson waren beide gläubige Presbyterianer und standen mit ihrer Erwartung an die Länder, Alternativen zum Krieg zu finden, nicht allein. Die meisten Amerikaner teilten wohl ohnehin Roosevelts Ansicht, dass Kriege immer unwahrscheinlicher würden: „Da die Nationen immer zivilisierter werden, haben wir jeden Grund, nicht nur zu hoffen, sondern zu glauben, dass (Kriege) immer seltener werden.“¹⁷ Die Haager Konferenzen von 1899 und 1907 hatten gebildete Amerikaner zudem in ihrer Erwartung ermutigt, „zivilisierte“ Nationen könnten Alternativen zum Krieg finden, um internationale Konflikte friedlich zu lösen – insbesondere durch die Errichtung des Ständigen Schiedshofs.

Andrew Carnegie – der Stahlmagnat, der seinen Ruhestand mit der Verteilung seiner Millionen verbrachte – hatte 1910 die Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden ins Leben gerufen. Er glaubte daran, dass internationale Gesetze und mächtige internationale Organisationen Kriege aus der Welt schaffen könnten, und verpflichtete die Stiftungstreuhänder, „die Abschaffung internationaler Kriege – des übelsten Schandflecks unserer Zivilisation – voranzutreiben“.¹⁸ Auch finanzierte er den Bau des Friedenspalastes in Den Haag als Sitz des Ständigen Schiedshofs.

Abweichende Perspektiven auf den Weltfrieden boten indes Jane Addams und der

¹⁷ Theodore Roosevelt, *Expansion and Peace*, in: *Independent*, (1899) 51, S. 3401–3405.

¹⁸ Centennial of the Global Think Tank, Carnegie Endowment for International Peace, www.carnegieendowment.org/about/index.cfm?fa=centennial (6.2.2013).

Präsident der Stanford University, David Starr Jordan, an: Addams betonte, Frieden sei nur zu erzielen, wenn „der Mensch darauf verzichtete, Gewinn aus Unterdrückung zu erzielen und sich der Sache der Armen annähme“ – sodass „Frieden nicht länger die Abwesenheit von Krieg bedeuten würde, sondern die Entfaltung weltweiter Prozesse, welche die Entwicklung menschlichen Lebens begünstigen“.¹⁹ Und Jordan sagte im Februar 1913 zuversichtlich voraus, es werde niemals einen „großen Krieg“ in Europa geben, da ein solcher Konflikt die Profitmaximierung stören würde: „Solange (die Bankiers und Industriellen) den Kämpfern nicht anordnen zu kämpfen, wird es keinen allgemeinen Krieg geben“ – und dies würde niemals geschehen, da sie zu viel zu verlieren hätten.²⁰

Getragen von solch einem Optimismus über eine Verbannung des Kriegs trieb Bryan seine Pläne für weltweite Schlichtungsverträge voran. Seinem Vertragsentwurf stimmte zunächst Wilson, später auch der Senatsausschuss für Auslandsbeziehungen zu. Am 24. April 1913 veröffentlichte das Außenministerium der Vereinigten Staaten „Präsident Wilsons Friedensangebot“ an alle 40 Nationen, mit denen die USA diplomatische Beziehungen unterhielten. Jedes der Länder wurde eingeladen, einen Vertrag mit den USA einzugehen, in dem beide Seiten vereinbarten, für den Fall, dass Konflikte nicht auf diplomatischem Wege gelöst werden konnten, für eine bestimmte Zeit (eine „Abkühlungsphase“) – in der eine internationale Kommission die Lage untersuchen und eine Empfehlung aussprechen sollte – auf einen Krieg zu verzichten. Insgesamt 30 Länder unterzeichneten einen solchen Vertrag, 22 davon wurden ratifiziert.

Besonders stolz zeigte sich Bryan, als an einem Tag Großbritannien, Frankreich, Spanien und China unterschrieben – diese Länder machten mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung aus. Es war der 15. September 1914 – sechs Wochen nach den Eröffnungssalven des Ersten Weltkriegs.

¹⁹ Jane Addams, *Newer Ideals of Peace*, New York 1907, S. 237 f.

²⁰ David Starr Jordan, *Impossible War*, in: *Independent* Nr. 74 vom 27.2.1913, S. 467 f.

„Tangomanie“. Die erste Tanzwelle

Tango. Dieses einzige Wort hat es zuwege gebracht, dass ältere, ganz vernünftige Menschen plötzlich Tanzstunde nehmen,

Bernd Polster
Geb. 1952; freier Journalist und
Autor; Eнденicher Straße 300,
53121 Bonn.
mail@berndpolster.de

men, dass eine ganze Gesellschaftsklasse ihre Zeiteinteilung verändert hat, um zu tanzen, dass Lokale plötzlich zu eng wurden, um alle Tango-Enthusiasten zu placieren, dass verstaubte Tanzmeister Protest bliesen¹ – und dass, so könnte man ergänzen, sich damals Fachleute und Journalisten darüber die Finger wund schrieben. Als der Tango aus Argentinien nach Europa kam, war das publizistische Echo enorm. Was heute, da der Tanz als öffentliches Thema nicht existiert, kaum mehr vorstellbar ist. In der Tango-Welle vor einhundert Jahren zeigt sich somit wie in einem Rückspiegel auch die heutige Marginalisierung des Tanzes.

Das einleitende Zitat entstammt dem Buch „Tanz-Brevier“, das erste seiner Art, das im Jahr 1913 erschien. Darin beschreibt der Autor Franz Wolfgang Koebner² jene „modernen Tänze“, die sämtlich aus Amerika kamen und sich seit etwa 1903 in Europa verbreitet hatten. Diese Entwicklung steigerte sich dann 1913 zu dem, was Koebner „Tangomanie“ nannte – wobei der Ursprung der neuen Tänze in den überseeischen Vorstadtghettos kein Geheimnis war und natürlich für exotischen Reiz sorgte. Sänger und Tänzer aus Amerika, oft mit dunkler Hautfarbe, gehörten im Kaiserreich ohnehin zum festen Repertoire der Cabarets und Tanzetablissemments.³ Der für Klartext bekannte Berliner Volksmund teilte die neuen Tänze in zwei Gruppen, nämlich „Wackel- und Schiebetänze“. Tango gehörte zu den „Schiebern“. Es war die erste moderne Tanzwelle, die in der westlichen Welt weite Kreise der Bevölkerung erfasste, und der dann über das 20. Jahrhundert hinweg zahlreiche ähnliche Wellen folgen sollten, vom Charleston über Swing bis zu Rock 'n'

Roll und Hiphop. Ein Phänomen, dem in seiner Gesamtheit bislang wenig Beachtung geschenkt wurde.⁴ 1913 war das völlig anders.

In Ländern wie Deutschland, Frankreich und den USA entfachte die erste Tanzwelle eine heftige Debatte.⁵ Aufregung herrschte nicht zuletzt bei den Tanzlehrern, die durch den ihnen unbekanntem Tango ihr Monopol bedroht sahen. Auf der 12. Welttanzlehrerkonferenz in Paris, der „Académie internationale des Amateurs professeurs de danse, tenue et maintien“ im Jahr 1913 kam der Tango deshalb kurzerhand „auf den Index“.⁶ Die Kollegen vom „Verein Berliner Tanzlehrer von 1876“ gingen noch einen Schritt weiter und wandten sich an den Polizeipräsidenten Traugott von Jagow. Dieser teilte ihnen schriftlich „ergebenst mit, dass die Polizeireviere angewiesen sind, auf anstößige Tänze ihr besonderes Augenmerk zu richten und erforderlichenfalls Strafanzeige zu erstatten“, und zwar sowohl gegen die Tänzer als auch gegen die Saalbesitzer.⁷ Auf einer Versammlung des Vereins der Berliner Saalbesitzer wurde jedoch festgestellt, dass man „durch das Nichtdulden dieser Tänze erhebliche geschäftliche Nachteile erlitten“ habe. Kollegen, die sich gegen die Tanzneuheiten sperren, erläuterte ein anwesender Tanzlehrer, würden deshalb von den Saalbesitzern „sofort entlassen“.⁸ Dass in diesem Interessenkonflikt ein Antrag,

¹ Franz Wolfgang Koebner, *Tanz-Brevier*, Berlin 1913, S. 31.

² Koebner, Chefredakteur der Zeitschrift „Elegante Welt“, war keineswegs Tanzjournalist. In den 1920er Jahren gründete er „Das Magazin“, eine der führenden Zeitschriften für das kulturinteressierte Bürgertum.

³ Vgl. Rainer E. Lotz, *German Ragtime & Prehistory of Jazz*, Chigwell 1985. In dieser kommentierten Diskografie im Kaiserreich erschienener Tonträger wird auf 371 Seiten die enorme Vielfalt der Musikimporte deutlich.

⁴ Vgl. Astrid Eichstedt/Bernd Polster, *Wie die Wilden. Tänze auf der Höhe ihrer Zeit*, Berlin 1985.

⁵ Zurückgegriffen wird hierbei insbesondere auf die in der Deutschen Tanzbibliothek in Leipzig gesammelten zeitgenössischen Quellen.

⁶ Vgl. Der Kongress der Tanzmeister, in: *Cabaret Tanz Revue*, 3 (1913).

⁷ Der Polizeipräsident gegen die Schiebetänze, in: *Cabaret Tanz Revue*, 3 (1913).

⁸ Es wird weiter gewackelt, in: *Cabaret Tanz Revue*, 3 (1913).

bei den Behörden um Erlass eines Tanzverbots vorstellig zu werden, schließlich mehrheitlich abgelehnt wurde, verwundert kaum.

„Wer es bisher liebte, sich leidenschaftlich in politische oder gar Kunstgespräche zu verstricken, tritt nun in die Reihen der Tangopassionisten“, meldete eine große Berliner Illustrierte 1913.⁹ In Paris veranstalteten gleich mehrere Zeitschriften Umfragen zum Thema Tango. Ausgerechnet der argentinische Botschafter ließ dabei verlauten, dass er den aus seiner Heimat stammenden Tanz auf seinen „Gesandtschaftsbällen auf das strengste verbiete“, denn, so der Diplomat, „bei uns tanzen ihn nur Verbrecher und Dirnen“. Der Romancier Anatole France erkannte dagegen im Tango eine „exotische Errungenschaft“, der „etwas sehr Ausdruckstarkes und sehr Menschliches“ zukomme.¹⁰ Als schließlich der revolutionären Ideen zugetane Kollege Jean Richepin in der Académie française eine Rede für den Tango hielt, war zwar sein Pult dicht umlagert, aber von den Professoren des hohen Hauses kaum jemand anwesend.¹¹ In der Haltung pro und contra Tango traten kulturelle Frontlinien zutage. Der moderne Tanz war ein Stimmungsbarmeter der verkrusteten Gesellschaft und verfügte, ähnlich wie die moderne Kunst, über ein erhebliches Skandalpotenzial.

Tango als Körperkultur

Doch in Europa hat der Tango gar nicht als Provokateur Einzug gehalten, sondern als sportliche Disziplin: Wie beim Tennis, das ebenfalls gerade zur Freizeitbetätigung der feinen Gesellschaft geworden war, gab es bald exklusive Clubs und Turniere nach englischem Vorbild, ein deutlicher Hang zu Snobismus und Dekadenz inklusive. Der erste deutsche Tanzclub war 1911 in Berlin gegründet worden. Nur eine Saison später fanden sich dort bereits genügend Paare, die im Admiralspalast auf einem Turnier antraten, bei dem der Tango die Hauptattraktion bildete. Nebeninteressen wie Klatsch und Flirts wurden nun als unerwünschte Ablenkung empfunden. Die „Elegante Welt“, Berlins gera-

⁹ Ola Alsen, Tanzlust, in: Die Woche, 5 (1913) 41.

¹⁰ Tango-Meinungen, in: Cabaret Tanz Revue, 3 (1913).

¹¹ Vgl. Der Tango in der Akademie, in: Cabaret Tanz Revue, 3 (1913).

de gegründetes Gesellschaftsblatt, das den Tanzsport propagierte, hielt es für unmöglich, „mit aufgeweichtem Kragen, klebenden Haaren, dem Temperamente Luft zu machen. Die ‚wirkliche Bewegung‘ ist abgetan.“¹²

Ausgerechnet am Tango entwickelten die Sportenthusiasten ihre Idealvorstellung eines reinen Tanzes. Die Überwindung des Körpers, seit dem Walzer auch ein Grundmotiv des bürgerlichen Gesellschaftstanzes, wurde nun zielstrebig umgesetzt. Deshalb sprach auch für den Tango, dass „es gottseidank unmöglich geworden ist, die Tangomusik so schnell nachzusingen, wie es die Trivialität der früheren Tänze gestattete“.¹³ Anstelle fröhlichen Gesangs herrschte heiliges Schweigen, statt Freude an der Bewegung Stolz über die vollbrachte Leistung, statt Berührung Beherrschung.

Sport und Tango fusionierten als zwei Erscheinungsformen der Moderne. Sie berührten jedoch noch ein völlig anderes Konzept, das in jener Zeit entstand: die Idee der „Körperkultur“. Die damals in Deutschland sehr verbreitete „Lebensreform“-Bewegung propagierte eine natürliche, einfache Lebensweise, oft nicht ohne eine kräftige Portion Esoterik und Vereinsmeierei. Man aß gesunde Rohkost, trug bequeme „Reformkleidung“ und frönte der „Freikörperkultur“. Mit dem dekadenten Tango hatten die Lebensreformer gewiss wenig im Sinn. Aber im Zuge ihrer Bestrebungen gelangten Gymnastik und Tanz automatisch in den Fokus des allgemeinen Interesses. Dazu gehörte dann eben auch, dass Nackttänzerinnen auf Cabaret-Bühnen auftraten und – stets unter der auch an den Staatsanwalt adressierten Versicherung, es handle sich dabei um eine Präsentation ästhetischer Vollkommenheit – ein beliebtes Skandalthema bildeten. Das war ebenso Teil einer Gemengelage, in der eine prude, in ihren Konventionen eingeschnürte Gesellschaft sich am Tabubruch versuchte.

Als eine weitere Neuheit der Vergnügungsbühnen wurden professionelle Tanzpaare ins Repertoire aufgenommen, allen voran solche, die Tango tanzten. Sie trugen fremd klingende Namen, wie etwa das „brillante Tango-Duett Carry & Leon“ oder die „famous

¹² R. L. Leonard, Der verlästerte Tango, in: Elegante Welt, 2 (1913) 45.

¹³ Ebd.

brasilian Tango-dancers Chitty Dolores and Partner“.¹⁴ Letztere hatten, neben „Ragtime“, auch den „Tango-Apache“ im Programm. Wobei es sich um eine weitere, ganz besondere Pirouette der Exotik handelte: In Frankreich wurde der Name des nordamerikanischen Indianerstamms zu einem Synonym für Draufgänger und Gauner und der „Apachentanz“, ein choreografiertes Dramolett zwischen Dirne und Zuhälter, zu einer verrucht anmutenden Tanzattraktion.

Internationale der Schieber

Um 1907 war der Tango in Paris von Mitgliedern der argentinischen *jeunesse dorée*, der wohlhabenden, stets nach Vergnügen suchenden Jugend, erstmals vorgeführt worden, um, in Verbindung mit den ebenfalls gerade aufkommenden Tangoklängen, die Salons mit ein wenig Lokalkolorit zu dekorieren. Bald stellte sich heraus, dass die Mischung aus reizvoll verzögerten Rhythmen und Melancholie etwas ganz Besonderes war. Geschäftstüchtige Tanzlehrer griffen dies auf und seziierten den neuen Tanz flugs in bis zu zwanzig verschiedene Figuren. Derart gestutzt wurde der Tango in Deutschland zunächst für eine Pariser Modetorheit gehalten – was er nun im Grunde ja auch war. Als die Herkunft aus schwülen Gefilden durchsickerte, führte dies zur sentimental Verklärung. Das Bewusstsein, sich im Takt einer Musik zu bewegen, die aus den „Lasterhöhlen“ von Buenos Aires und Montevideo kam, gehört seitdem zum festen Bestandteil der Tango-Romantik.

Bis heute erscheint der Tango als weitgehend singuläres Phänomen, was sich nicht zuletzt in umfangreicher Literatur niedergeschlagen hat. Dabei ist offensichtlich, dass zwischen der Entstehung des Tango und der anderer Schiebetänze in Europa und Amerika deutliche Parallelen bestehen.¹⁵ Der Rixdorfer aus Berlin, die Step-Tänze aus den USA, der Londoner Lambeth-Walk und eben auch der Tango, sie alle brachen mit der bürgerlichen Tanzdistanz, indem sie das „Schieben“ zum Bewegungsstil machten. Sie alle wurzelten in ländlichen Tanzweisen und entstanden gegen Ende des 19. Jahrhunderts in den Vorstäd-

ten der Metropolen im multiethnischen Milieu der Armen, Arbeiter und Ganoven. Alle enthielten das sexuelle Moment und wurden eng umschlungen getanzt – als „Schieber“, der proletarischen Internationale des Tanzes.

Im Übrigen war die „Schiebermütze“ – englisch *flat cap*, französisch *casquette* – ebenfalls kosmopolitisch. Tatsächlich kommt die ambivalente Bedeutung der neuen Tänze gerade im berlinerischen Begriff des „Schiebers“ gut zum Ausdruck. Der Begriff, der ursprünglich für den Vorarbeiter geprägt wurde, ist später auf kleine Gauner, Krisengewinnler und Zuhälter übertragen worden. Aber natürlich steckt darin auch eine Anspielung auf den Geschlechtsakt. Dass der proletarische Ursprung der Tanzmode auch später latent mitschwang, ist aus einem Gedicht herauszuhören, das damals in einer Berliner Tageszeitung erschien: „Mensch, was nützt dir Rang und Titel,/Schönheit, Schick und reiche Mittel,/wenn du nicht das eine kannst,/wenn du noch nicht Tango tanzst?!/Jeder Gimpel ist dir über,/der ein richt'ger Tango-Schieber.“¹⁶

Biagsam, wie es der Tanz erfordert

Dem proletarischen Tango wurde die zweifelhafte Ehre zuteil, von Europas Lebewelt mit Kusshand adoptiert zu werden. „Gegen Morgen, nachdem Fässer voll Champagner geleert worden waren und ich selbst mich in gehobenster Stimmung befand, hatte ich die Idee, den Apachentango mit einem wunderschönen jungen Menschen zu tanzen“, verriet Isodora Duncan, die als von Gewändern umhüllte Barfuß-Ballerina dem modernen Tanz den Weg ebnete.¹⁷ Europas Tango-Helden waren die „Ritter von Snob mit Einglas, gekrümmter Rückenlinie und nasaler Sprachbehandlung“, die „Incroyables von 1913“.¹⁸ Ihnen diente die männliche Hand, leicht abgespreizt, als Prellbock für antanzende Paare.

Private *déjeuners*, *thés* und *soupers*, damals Fixpunkte des gesellschaftlichen Lebens, wurden nun vom Tango erobert. „Wo man sonst zu einem Souper gebeten wurde, steht auf der Karte: Kaltes Büfett und Tango“,

¹⁴ Anzeigen in: Cabaret Tanz Revue, 3 (1913).

¹⁵ Vgl. Nur nicht drängeln! Schieber, in: A. Eichstedt/B. Polster (Anm. 4).

¹⁶ Tango, in: Berliner Morgenpost vom 13. 10. 1913.

¹⁷ Isadora Duncan, Mein Leben – Meine Zeit, Wien 1981.

¹⁸ Tango, in: Cabaret Tanz Revue, 3 (1913).

staunte die Presse.¹⁹ Frauenzeitschriften gaben Anleitung, wie ein *thé tango* stilvoll zu gestalten sei. Man „tangote“ auf Dampfern, am Badestrand und beim Picknick. Über das Tanzen im Freien mokierten sich allerdings die Spezialisten, da unebener Grund beim „exakten Tanzvollzug“ hinderlich sei. Derweil kam die Tango-Verwertung in Schwung. Zahlreiche Unternehmen entdeckten das Zauberwort: „Es fing an mit einem kleinen Kuchen, den ein Pariser Zuckerbäcker Tango taufte. Einem Stoffhändler war ein gelber Satin total verschossen und drohte liegenzubleiben; ein Angestellter taufte ihn Tango und siehe da, man riß sich um den Stoff. Dann kam die Tangobluse, der Tangohut, das Tangobriefpapier, Bleistift, Haarnadeln, Kragen, Korsette, Schuhe, Parfüme, Tangofedern, ein Necessaire Tango. Kein Laden ohne zwanzig verschiedene Tango-postkarten.“²⁰

Natürlich schwenkte auch die Mode auf das Thema ein. Das typische Tango-Kleid wurde vom Knie abwärts immer dünner. Exzentrische Modelle zeigten dort nur mehr Fransen und erlaubten, der ungehinderten Bewegung der Beine wegen, Einblicke, die auf der Straße als skandalös empfunden wurden.

Frauenrechtlerinnen, Künstler und Kunstgewerbler hatten sich seit Beginn der 1890er Jahre mit einer weiblichen „Reformkleidung“ beschäftigt. So wollten sie die Frauen von der bis viele Pfunde schweren Unterwäsche befreien, insbesondere vom Korsett, das die Luft abschnitt. Mochten die neuen Entwürfe noch so praktisch sein, sie wurden häufig als plump abgelehnt. Nachdem aber die Pariser Modeschöpfer, angeführt von Paul Poiret, korsettlose Silhouetten mit ihrem Raffinement versahen und selbst Tango-Kleider lancierten, konnten sich auch die Damen der Oberwelt für den einfachen Schnitt begeistern. Statt Korsett bot nun der Handel leichtere „Leib-Träger“, laut Hersteller so „biegsam, wie es der Tanz erfordert“.²¹ Die neuen, klaren Linien schufen einen modernen Typus. Auch die Herren vom Tanzclub waren Vorreiter modischer Finessen. Sie blendeten mit Monokel, amerikanischen Polsterschultern und matt glänzenden Pumps.

¹⁹ Tango-Sitten, in: Berliner Illustrierte Zeitung vom 4. 1. 1913.

²⁰ F. W. Koebner (Anm. 1), S. 76.

²¹ Anzeige in: Cabaret Tanz Revue, 3 (1913).

Der Tanz selbst wurde ebenfalls zum Geschäft. Tango-Koryphäen waren als Lehrer bald so gefragt, dass sie von der feinen Kundschaft bis zu zweihundert Mark Stundenhonorar verlangt haben sollen, weit mehr als ein guter Monatslohn. Allein die prägnantesten Figuren des Tango, darunter der „Corte“ (bereits von den Step-Tänzen als „Break“ bekannt) und die „Schere“ (Kreuzlauf der Füße) erschienen kompliziert genug, um mäßig talentierte Schüler längere Zeit bei der Stange zu halten. Nebenbei wurden, um das Geschäft weiter zu beleben, Tango-Ableger lanciert, die es in dessen Schlepptau jeweils jedoch nur zu kurzlebiger Publizität brachten. Solche künstlichen Kreationen, die Phantasienamen wie *TaoTao*, *Furlana*, *Rouli Rouli* oder *Chichipanga* trugen, blieben zumeist reine Bühnentänze. Einzig die brasilianische *Maxixe* setzte sich zeitweise als Turniertanz durch. Sie alle zu erlernen, war für Normaltänzer viel zu mühevoll, zumal man oft schon mit dem Tango überfordert war. „Der größte Teil der Tangofreunde“, urteilte Koebner, „ist rein theoretischer Natur.“²²

Schwofende Avantgarde

Mit seiner neuartigen Rhythmik, seiner Sentimentalität und erotischen Dramaturgie riss der Tango die Bürger aus ihrem Phlegma. Das war aber noch nicht alles. „Jeder Tango muß verschieden getanzt werden“, erklärte der Experte.²³ Es genüge also nicht mehr, „die Technik der einzelnen Schritte zu kennen.“ Stattdessen komme es auf die Phantasie und das musikalische Empfinden der Tänzer an.²⁴ Denn, so die Erkenntnis, „der Tango gewährt eine ungehinderte Aeußerung des Körpers, während die alten Tänze Turnübungen waren“.²⁵ Wenn, so wäre anzumerken, man ihn nicht gerade Sport und Etikette unterworfen hätte.

Tango war etwas grundsätzlich anderes. Und dieses Andere bestand darin, dass er gerade keine bis ins Letzte fixierte Choreografie hatte, sondern eine offene Struktur. Diese Offenheit, die er mit anderen modernen Tän-

²² Franz Wolfgang Koebner, Der Tango und Herr v. Jagow, in: Elegante Welt, 2 (1913) 27.

²³ F. W. Koebner (Anm. 1), S. 40.

²⁴ Ebd., S. 40.

²⁵ Ebd., S. 48.

zen gemein hatte, lag nicht zuletzt in seiner Entstehung begründet. Er war eben nicht erdacht, sondern hatte sich wie von selbst auf der Tanzfläche entwickelt, da, wo niemand den Taktstock schlug. „Wie die Völker tanzen, das bringen ihnen keine Schulen bei. Sie lernen es selber. Tänze kommen wie die neuen Zeiten von ganz allein“, bemerkte dazu eine berühmte Bühnentänzerin.²⁶ Und wie dies aussehen konnte, das beschrieb ein über den Tango empörter Berliner Saalbesitzer folgendermaßen: „Das Anwachsen dieser Unsitte (ist) auf die ‚Musik für alle‘ – die Leierkästen – zurückzuführen. Die Jugend eignet sich nach dem Takte dieser Musik auf Rollschuhen die Gymnastik dieser Tänze an“, behauptete der Mann.²⁷ Man hat den bevölkerten Kreuzberger Hinterhof geradezu vor Augen.

Ein weiterer Grund für die Besonderheit der neuen Tänze waren ihre multiethnischen Wurzeln – im Falle des Tango die von Einwanderern unterschiedlichster Herkunft besiedelten Schmelztiegel rund um den Rio de la Plata. Der Tango kam als transkultureller Tanz über den Atlantik, ein Mischling aus europäischen, amerikanischen und afrikanischen Anteilen. Gerade auch daher rührte seine besondere, offene Struktur, die der Individualität freien Raum ließ und jede feste Ordnung auf der Tanzfläche unmöglich machte – und das war der eigentliche Skandal. Dass der Tango auf Individualität und Innovation angelegt war, darin glich er nicht nur dem modernen Bühnentanz, der sich als „Ausdruckstanz“ gerade ebenfalls herausbildete. Es waren auch Merkmale, die sich damals in der modernen Kunst wie auch im modernen Design Bahn brachen. Beim freien Tango, könnte man zugespitzt sagen, gehörte jeder zur Avantgarde.

„Die Mörder tanzen Tango“

Aufgrund seiner Geschlechtssymbolik hatte der Tango trotzdem einen lasziven Ruf. Dem Irrtum, diese Darstellung mit dem Dargestellten zu verwechseln, saß insbesondere die Polizei auf. In München gab man 1914 die Parole aus: „Die Polizeidirektion wird auch heuer gegen anstößige Tänze entschieden vorgehen, mögen sie eine Bezeichnung führen, wie sie

²⁶ Madame Saharet, Die neuen Tänze, in: Cabaret Tanz Revue, 3 (1913).

²⁷ Zit. nach: Cabaret Tanz Revue (Anm. 8).

wollen. Auch der sogenannte Tango wird im allgemeinen zu diesen Tanzarten gehören.“²⁸ Die Praxis beschränkte sich allerdings meist auf die Beschlagnahme gemäßigt-erotischer Tango-Postkarten. Zwar hatte Kaiser Wilhelm II. höchstpersönlich seinen Offizieren untersagt, den Tango in Uniform zu tanzen. Aber angesichts des Kultes, der gerade von Mitgliedern der Aristokratie und des Besitzbürgertums um diesen Tanz getrieben wurde, schienen polizeiliche Maßnahmen wenig Erfolg versprechend. So wunderte sich auch niemand, dass am selben Tag, an dem die Münchner Polizei ihr energisches Vorgehen ankündigte, im Hotel „Bayerischer Hof“ ungestört ein Ball im Zeichen des Tango stattfinden konnte. „Der Tango“, das war offensichtlich, hatte „sich vom lästigen Ausländer unter Polizeiaufsicht zum staatlich-privilegierten Schützling der guten Gesellschaft gewandelt.“²⁹

Im Februar des Jahres 1913 meldete die Wiener Presse eine Bluttat: Ein Ehemann, Prokurist und Sohn aus angesehener Familie, hatte seine Frau aus Eifersucht erschossen. Was der Sache die Würze gab: Die beiden, bekannte Figuren der Wiener Salons, waren als Tänzerpaar auf Elitebällen beklatscht worden. Der Täter wurde aufgrund eines Gutachtens, das ihm vorübergehende Verwirrung bescheinigte, bald auf freien Fuß gesetzt und konnte bereits in der nächsten Saison wieder als Tango-Held glänzen. „Das Leben starb. Die Mörder tanzen Tango“, bemerkte der Wiener Publizist Karl Kraus in einer Satire zu diesem skandalösen Fall.³⁰

Der Tanz ging tatsächlich weiter. Die feine Gesellschaft, mithin „Die oberen Zehntausend“, tanzten getreu nach dem Titellied dieser Berliner Revue so lange, bis 1914 bei Kriegsbeginn ein allgemeines Tanzverbot dem Treiben offiziell ein Ende setzte und das große Töten begann: „Wir tanzen auf einem Pulverfaß/und grad das, grade das, grade das macht Spaß!/Man tanzt – und wenn schon die Lunte brennt –/man tanzt – man tanzt – bis zum letzten Moment!“³¹

²⁸ Polizeibericht, Stadtarchiv München, Chronik: Januar 1914.

²⁹ Elegante Welt, 2 (1913) 48.

³⁰ In: Die Fackel, 15 (1913) 386, S. 24.

³¹ „Die oberen Zehntausend – Amerikanische Tanzoperette“, Metropoltheater Berlin 1909.

„APuZ aktuell“, der Newsletter von

Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: www.bpb.de/apuz-aktuell

APuZ

Nächste Ausgabe 13–14/2013 · 25. März 2013

Gesellschaftliche Zusammenhänge

Volker Kronenberg · Julia Friedrichs · Detmar Doering

Was hält die Gesellschaft zusammen? Drei Akzente

Silke van Dyk

In guter Gesellschaft? Wandel in den Randzonen des Sozialen

Serhat Karakayali

Kosmopolitische Solidarität

Brigitte Hasenjürgen

Aushandlungsprozesse in variablen Grenzen –
Beispiel Migration

Heidi Hein-Kircher

„Deutsche Mythen“ und ihre Wirkung

Bernhard Giesen · Robert Seyfert

Kollektive Identität

Kurt Möller

Kohäsion? Integration? Inklusion?

Alfred Eisfeld

(Spät-)Aussiedler in Deutschland

Marcus Meier

„Christliche-jüdische Leitkultur“ und Bildungsarbeit
gegen Antisemitismus



Die Texte dieser Ausgabe stehen – mit Ausnahme des Textes von Florian Illies – unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland.

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Asiye Öztürk
Johannes Piepenbrink
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring
Sarah Laukamp (Volontärin)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
8. März 2013

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhbühlstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißenfelsstraße 84
04229 Leipzig

Abonnement-service

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

IBRo
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Vorkrieg 1913

APuZ 12/2013

Florian Illies

3–8 **Schlaglichter aus dem Jahr 1913**

Hitler und Stalin in Wien; die Nervosität des Erzherzogs Franz-Ferdinand; ein letztes Zusammenkommen des europäischen Hochadels zur Vermählung der kaiserlichen Tochter; zugleich schreibt Oswald Spengler am „Untergang des Abendlandes“: schlaglichtartige Episoden vermitteln ein Gefühl für ein besonderes Jahr.

Michael Epkenhans

9–14 **Europa am Abgrund? Großmächte zwischen Krisendiplomatie und Aufrüstung**

Während sich die Kriege auf dem Balkan zu einem gesamteuropäischen Krieg auszuweiten drohten und entsprechend aufgerüstet wurde, herrschte auf dem diplomatischen Parkett reger Betrieb. In welche Richtung sollten sich die Beziehungen zwischen den Mächten entwickeln? Welche Faktoren spielten dabei eine Rolle?

Björn Opfer-Klinger

15–21 **1913 als Kriegsjahr: Südosteuropa und die Balkankriege**

Während das Jahr 1913 in vielen europäischen Staaten rückblickend als das letzte „normale“ Jahr vor der Katastrophe des Ersten Weltkriegs dargestellt wird, bedeutete es für Südosteuropa bereits eine tief greifende Zäsur. Es besiegelte das Ende der osmanischen Herrschaft und veränderte den Balkan nachhaltig.

Christoph Nübel

22–27 **Bedingt kriegsbereit. Kriegserwartungen in Europa vor 1914**

Kriegsbilder und Militarismus waren in den europäischen Gesellschaften nicht allein durch Propaganda „von oben“ entstanden. Vielmehr basierten sie auf einem weit verbreiteten Gedankengut. Erst das Gefühl, einen Verteidigungskrieg zu führen, konnte gewährleisten, dass viele Europäer bereitwillig in den Krieg zogen.

Robert W. Cherny

28–33 **Die Vereinigten Staaten vor 1914**

Als Woodrow Wilson 1913 Präsident wurde, ging er davon aus, eine Reihe innenpolitischer Probleme angehen zu können, die durch die Entwicklung des Landes zu einer urbanen und industriellen Gesellschaft entstanden waren. Viele Amerikaner glaubten, dass Kriege unter zivilisierten Nationen obsolet geworden waren.

Bernd Polster

34–38 **„Tangomanie“. Die erste Tanzwelle**

Als der Tango Anfang des 20. Jahrhunderts nach Europa kam, löste er nicht nur eine Tanzwelle aus, sondern auch eine rege Debatte. In der Haltung pro und contra Tango traten kulturelle Frontlinien zutage; der Tanz war ein Stimmungsbarometer der verkrusteten Gesellschaft und verfügte über einiges Skandalpotenzial.